

Holzmann

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN UND UMGEBUNG

MAI 1988

Heft 130

DM 2.00

**40 Jahre
WAZ**



**Pezely
wieder-
gewählt**

ISSN 0176-8174



Liebe potentielle
Prozeßbesucher,

wer von euch bereits unsere Rückseite aufmerksam gelesen hat, weiß schon worum es geht: am 4. Mai dieses Monats findet ab 9.00 Uhr im Recklinghäuser Amtsgericht, Neubau, Zimmer 25, eine Verhandlung gegen Mitglieder der Volkszählungsboykott-Initiative statt. Eintritt dürfen die Leute zwar nicht verlangen, aber falls ihr die ganze Geschichte nicht schon erfolgreich verdrängt habt, können wir ja an eure Solidarität zu den Organisatoren appellieren und euch um Spenden für Rechtsanwaltskosten und/oder eventuelle Strafen angehen. Keinesfalls direkt beim Richter abgeben!

Wau Fiedersehen!

40 Jahre WAZ: Das stand nicht in den Würdigungen

Ein altbekanntes Phänomen: aus sozialdemokratischen Keimen entwickeln sich gefräßige, hochkapitalistische Affenbrotbäume. Einige werden ganz gut alt dabei - zum Beispiel 40. Die Westfälische Allgemeine Zeitung, vor vierzig Jahren durch den SPD-Funktionär Erich Brost auf Lizenz der Engländer gegründet, hat sich mittlerweile eine Auflage von 1,24 Millionen Exemplaren erboxt. Dabei ging es natürlich nicht ohne blaue Flecken ab, am wenigsten für die kleineren Ruhrgebietszeitungen, die den Startvorteil der WAZ nicht einholen konnten. Doch auch die Mitarbeiter des Zeitungskonzerns bekommen wohl teilweise mehr Fett ab als es sich sogar Herr Brost 1948 gewünscht haben mag. Seite 24

INHALT



Der Pezely-Skandal

Rechtzeitig zu den Ruhrfestspielen probte die Recklinghäuser Kreistagstruppe unter der Leitung von Landrat Marmulla die Wiederwahl von Oberkreisdirektor Pezely. Auf vielfachen Publikumswunsch - die Erstaufführung am 23.10.1987 fiel wegen Befangenheit mehrerer Ensemblemitglieder ins Wasser - wurde das spannende Rührstück mit bekanntem Ausgang wiederaufgeführt. Einmal mehr drohten die noch grünen Jungdarsteller unter Lutz Schindler die Handlung zu verpatzen - sie forderten eine geheime Wahl hinter geschlossenem Vorhang. Wie es Rudolf dennoch gelang seine Spielzeit zu verlängern S. 8

Haydar Özcan: Barfuß in die Wüste?

Schmiergeld für Arbeitsplätze beim Erken-schwicker Barfuß-Unternehmen? Entsprechen die Behauptungen des ehemaligen Betriebsrates Haydar Özcan den Tatsachen? Informationen zur Meinungsbildung darüber gibt es genug, es heißt bloß sie auch zu nutzen. Um unseren Leserinnen und Lesern den Horizont des Erken-schwicker CDU-Stadtvorsitzenden Josef Brost ersparen zu helfen, der Ende April erklärte: »Ich kenne zwar die ganzen Hintergründe, die zur Entlassung geführt haben, nicht, dennoch bin ich davon überzeugt, daß Herr Özcan aus berechtigten Gründen entlassen worden ist.«, befindet sich in diesem Heft eine Zusammenfassung der bisherigen Ereignisse im Fall Bargeld bei Schmierfuß. Seite 30



■ Frauen ■

Sturm gegen § 218.....11

■ Lokales ■

Der Pezely-Skandal..... 8

Neuer Kulturdezernent:
Natürlich ein Mann10

Haydar Özcan: Barfuß
in die Wüste?.....30

Niggemeier hält Vogel
für unglaubwürdig.....34

■ Verkehr ■

Gasfußbürger.....28

■ Politik ■

Wahlrecht für
AuländerInnen.....14

40 Jahre WAZ24

■ Lokalgeschichte ■

Recklinghausens
andere Geschichte.....16

■ Feste Seiten ■

Magazin 4

Kleinanzeigen..... 7

Frauenportrait21

Bleiwüste22

Feste Termine35

Veranstaltungen.....36

Stoppt die Tiefflieger

Über dreihundert Abstürze von Kampfdüsenjägern sind mittlerweile über der BRD gemeldet worden. Zahlreiche Abstürze wie erst jüngst in Forst bei Karlsruhe nahe dem Atomkraftwerk Philipsburg führen die großen Gefährdungen immer wieder vor Augen. Nicht erst seit der Monitorisierung vom 5.04.88 ist bekannt, daß Tiefflüge über Chemieanlagen, Munitionsdepots und Kernkraftwerken durchgeführt werden.

Schon seit Jahren gibt es in Marl Auseinandersetzungen zu den Tiefflügen über den Anlagen der Chemischen Werke Hüls. Insbesondere die Kugelgastanks der CWH dienen Piloten als Wende- und Orientierungspunkt für Angriffsübungen. Die Firmenleitung von CWH hat in früheren Jahren insbesondere die niedrige Flughöhe bemängelt. Die Anlagen der CWH sind in keinsten Weise vor dem Absturz von Kampfflugzeugen gesichert. Ein Absturz würde durch Explosionen und Freisetzung von giftigen Gasen unbeschreibliche Folgen für die Beschäftigten und die Bevölkerung über Marl hinaus haben. Daher ist der Wunsch der CWH nach völliger Einstellung der Tiefflüge über ihrem Betriebsgelände nur zu verständlich.

Beim Anfliegen der CWH werden z.B. das dichtbesiedelte Wohngebiet Wulfen-Barkenberg und das Westfälische Landeskrankenhaus in der Haard überflogen. Die Auswirkungen des Fluglärms sowohl für die Bevölkerung als auch für die Patienten der Kin-



Freitag, den 29. April 88: bis zum Reaktionsschluß noch keine weiteren Abstürze von Kampffliegern über der Bundesrepublik

der- und Jugendpsychiatrie insbesondere auf das vegetative Nervensystem sind bekannt.

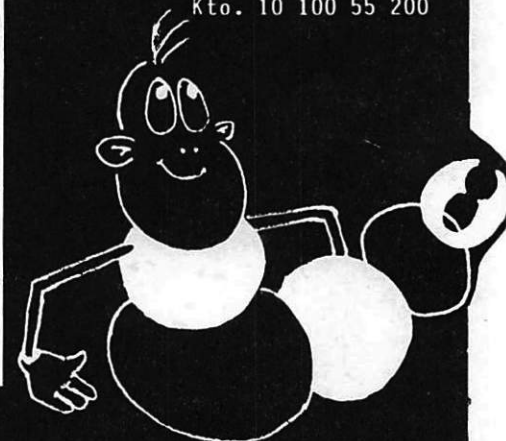
In zahlreichen Tiefflugübungen sind darüber hinaus das Sprengstoffwerk der WASAG-Chemie in Haltern, das Munitionsdepot in der Hohen Mark und in Hünxe, die MUNA in Dorsten, das Raketendepot in Datteln sowie das Atomwaffendepot in Dülmen einbezogen. Wie das Bundesministerium für Verteidigung in einer Informationsschrift zum Fluglärm im Juni 1981 feststellt, sind Depots als Übungsziele vorgesehen.

Der Absturz eines Tieffliegers auf ein Munitionsdepot - deren Bunkeranlagen mit einer Betonummantelung von höchstens einem Meter gegen abstürzende Kriegsmaschinen nicht

Holzworm

Münsterstr. 2a
4350 Recklinghausen
te.: 02361/ 15698

Bankverbindung
Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 426 101 12
Kto. 10 100 55 200



gesichert sind - hätte katastrophale Folgen für die angrenzenden Städte. Selbst ein Absturz in der Nähe eines Munitionsdepots wie z.B. am 14.01.1981 in Weilerbach bei Kaiserslautern könnte infolge Wald- und Buschbrand zu einer gefährlichen Situation führen. Auch der Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop dient bei Tiefflügen von Bombern mehrerer Nationalitäten als "Ziel" und "Wendemarke", obwohl der THTR 300 laut Auskunft des Bundesumweltministeriums aufgrund fehlenden Berstschatzes "nicht ausreichend gesichert" ist. Ein Absturz auf des Atomkraftwerk in Hamm-Uentrop kann zu einem GAU führen, der zumindest durch radioaktiven Fall-Out auch die Bevölkerung des Kreises Recklinghausen in Gefahr bringen würde.

Darüberhinaus sind in zahlreichen Übungen der Vergangenheit über den Kreis Recklinghausen weitere Objekte, wie z.B. der Recklinghäuser Hauptbahnhof, einbezogen gewesen.

■ ■ ■

Frauenschwoof in der Altstadt Schmiede

Jetzt gibt es regelmäßig Frauenschwoof! Wann? Jeden 1. Samstag im Monat! Wo? altstadtschmiede, Recklinghausen, Kellerstraße 10 (ab 21.00 Uhr)! WICHTIG! Im Juni fällt frauenschwoof aus! Unsere erste Veranstaltung im April lief echt gut und so soll es auch bleiben. Also merkt euch den Termin und kommt vorbei. Idee! Frauenkulturveranstaltungen kombiniert mit frauenschwoof?! Wenn es also bei euch Frauen Interessentinnen geben sollte, dann laßt es uns wissen. meldet euch bei der altstadtschmiede, Tel.: 02361/ 21212 und fragt nach Sonja oder Petra.



Holzwurm-Verkaufsstellen

■ Buchhandlungen ■

Attatroll	Ecke Herner Str./Paulustr.
Bahnhofsbuchhandlung	Hauptbahnhof
Buchladen Marl	Hochstr. 12
Büchereule, Herten	Fußgängerzone
Bücherwurm, Datteln	Castroper Str.
Streubel	Kunibertistr. 30
van Ahlen	Heilig-Geist-Straße
Winkelmann	Steinstr. 2

■ Kneipen ■

Acht - Acht	Königswall
Drübbelken	Münsterstr. 5
Flexi	Schulstr. 85
Grauzone	Oerweg 53

■ Kioske ■

C. Sonntag	Oerweg 45
Venzke	Dortmunder Str. 29
Z Z Z	Breite Str.

■ Naturkostläden ■

Naturkost Sonnenblume	Springstr. 2
Naturkost Kernbeißer, Marl	Bergstr. 10
Naturkost Löwenzahn, Castrop	Obermünsterstr.
Naturkost Wurzel	König-Ludwig-Str. 24

■ Sonstige ■

Altstadtschmiede	Kellerstr. 10
Cafe Stube	Oerweg 4

MAGAZIN

DGB-Fachtagung gegen die Regierungspläne zum § 218

Im März fand in Castrop-Rauxel die DGB-Fachtagung mit dem Thema "Für und Wider das Beratungsgesetz" statt. Gleichzeitig wurde auf der Fachtagung eine Zwischenbilanz zur Unterschriftenaktion des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen gegen das Beratungsgesetz zum § 218 gezogen. Danach liegen dem DGB bereits jetzt 13.000 Unterschriften vor.

Dieses Zwischenergebnis gab Landesfrauensekretärin Edda Möller bekannt. Nach ihren Worten entlarve sich der vermeintliche Anspruch auf verbesserte Beratung als "pure Heuchelei". Möller wörtlich: »Wenn von Ärztinnen und Ärzten nicht mehr gleichzeitig beraten und eine Indikation unterschrieben werden darf oder die Anerkennung von Beratungsstellen davon abhängig gemacht werden soll, ob sie allein dem "Schutz des ungeborenen Lebens" dienen, dann werden in der Realität weitere Hürden für alle ungewollt schwangeren Frauen aufgebaut. Zusätzlich würde mit diesem Gesetz den Bundesländern ein Freibrief ausgestellt, mit dem sie ihnen nicht ins politische Konzept passende Beratungsstellen öffentliche Gelder entziehen können.« Insgesamt sei zu befürchten, daß viele Frauen Beratungsstellen in Zukunft meiden würden. »Wer den legalen Schwangerschaftsabbruch bereits bei der Beratung in Frage stellt, bereitet den Boden für das Geschäft mit der Abtreibung vor. Profitieren werden die Kurpfuscher, getroffen werden die Frauen.«

Bullshit-Festival / Pfingsten 1988

Das Bullshit-Festival 1988 steht wieder vor der Tür und findet diesmal in Oer-Erkenschwick nahe Freibad statt. Der Eintritt pro Tag beläuft sich auf DM 6, für alle drei Tage kostet es 15 DM (Zelten erwünscht). Die Freie Jugend- und Musikinitiative Oer-Erkenschwick hat diesmal folgende Gruppen auf die Bühne geholt:

Freitag, 20.5.88
ab 17 Uhr

- Fats Freddie and the Miez Meister
- Discipline
- Crazy Crocodiles
- Prager Holz- und Blechensemble

Samstag, 21.5.88
ab 13 Uhr

- Pa-Föngg
- Fairies Welcome
- Soul of Art
- White, Hot and Blue
- Out of Phase
- Rockbox

Sonntag, 22.5.88
ab 12 Uhr

- Jo Sender
- Jacamis Six Pack
- Guitar Mike and the Crazy Rhythm Shakers
- Hilfe! Hilfe!
- The Ordinary Saints
- Dröhnemann

Als im höchsten Maße menschenverachtend bezeichnete die Gewerkschafterin die Einbeziehung der Arbeitgeber von Schwangeren in das Beratungssystem. Angesichts der Tatsache, daß Arbeitsgebern nicht selten Frauen das Recht auf Arbeit mit den Hinweis möglicher zukünftiger Schwangerschaft verweigern, seien diese als Ratgeber auch in Fällen ungewollter Schwangerschaft offensichtlich ungeeignet.

Künstlers Mzwakhe Mbuli, "Change ist Pain". Sie zeichnet sich nicht nur durch engagierte Texte aus, sondern auch durch eine gelungene Mischung verschiedener Rhythmen wie Calypso, Reggae und Basic Percussion Tracks. Die Produktion der Platte in Südafrika wurde unmöglich gemacht; bereits die Demobänder wurden von den Apartheidpolitikern verboten.

Mzwakhe Mbuli lebt in Soweto und stellt ein Symbol des Widerstandes und der Freiheit dar. Bei der Konzert-Tournee "Beat! Apartheid" (organisiert vom "jungen forum", Recklinghausen) sollte auch Mzwakhe Mbuli auftreten. Er und andere Künstler wurden Anfang diesen Jahres inhaftiert. Seither sitzt der Dub-Poet in Isolationshaft.

Südafrika: Mzwakhe Mbuli verhaftet

Im April erschien die erste Langspielplatte des südafrikanischen

Der Pezely-Skandal

Durch den Druck der öffentlichen Meinung gezwungen, sah sich Rudolf Pezely genötigt, seine eigene Wahl zum OKD vom 23.10.87 wiederholen zu lassen. Am 8. April war es soweit; auch jetzt kam es wieder zu Merkwürdigkeiten, die dem Filzvorwurf, der bei seiner ersten Wahl in der Öffentlichkeit aufgetaucht war, weitere Nahrung lieferte.



Rudolf Pezely

Landrat Marmulla gab eine kurze Begründung für die Wahlwiederholung: Der Kreistag habe am 23.10.87 nicht die Befangenheit der Kreistagsmitglieder geprüft. Durch das neue Urteil des Oberverwaltungsgerichts NW bestehe aber Pezely darauf, daß seine Wahl wiederholt werden müsse. Er, Marmulla, habe zwar vom Innenminister ein O.K. bekommen und hätte Rudolf Pezely schon die Ernennungsurkunde überreichen können, aber Pezely bestehe nun mal auf einer Wahlwiederholung.

Pezely - ein Ehrenmann?

Da konnten einem schon Tränen der Rührung kommen, wenn - ja, wenn uns nicht die tatsächlichen Hintergründe bekannt wären.

Tatsache ist, daß die Pflicht zur Befangenheitsprüfung nicht erst im JANuar 88 bekannt wurde, sondern bereits am 13.8.84 im Gesetzesblatt des Landes NW verkündet wurde, und zwar in § 23 der Gemeindeordnung.

Seit über 3 ½ Jahren ist die Pflicht zur Befangenheitsprüfung bekannt, und trotzdem wurde am 23.10.87 keine derartige Prüfung durch den Landrat und durch den bei dieser Sitzung anwesenden OKD vorgenommen.

Nun zu Marmullas singgemäßer

Darstellung, daß der Innenminister trotzdem quasi grünes Licht gegeben habe, indem er die Wahl im Nachhinein billigte.

Der Innenminister wird durch den OKD auf dem Dienstweg unterrichtet, und wenn sich sonst keiner regt und Einspruch erhebt, ist er auf dessen Bericht angewiesen. Er liest z.B. nicht den Lokalteil der Recklinghäuser Zeitung, wo zuerst der Verstoß gegen die Pflicht zur Befangenheitsprüfung öffentlich aufgetaucht war.

Nachdem die Presse und nicht die Fraktion im Kreistag diesen Verstoß aufgedeckt hatte, wurde erst einmal eine öffentliche Kampagne initiiert. Horst Niggemeier ließ Stellungnahmen abdrucken:

Durch das Urteil würden die Kommunalparlamente praktisch diffamiert. Der Landtag müsse das Gesetz ändern, und der Kreistag geriete in der Öffentlichkeit ins Zwielficht. Sogar der Vorwurf der Berufsverbote wurde in diesem Zusammenhang laut, und das von Horst Niggemeier, wo allen noch seine Rolle im Berufsverbotsfall Martina Beckmann in Erinnerung ist.

Bei alledem regte sich Pezely öffentlich nicht.

In diese Debatte griff auch die Kreiszeitschrift HOLZWURM ein. Im Februar, nachdem die anderen Zeitungen nichts mehr zu dem Fall schreiben, bohrte der HOLZWURM weiter. Zahlreiche Presseanfragen ergingen an den OKD: "Warum wurde bei der Wiederwahl des OKD keine Befangenheitsprüfung durchgeführt, und wann wird die Wahl des OKD wiederholt?"

Erst durch eine Dienstaufsichtsbeschwerde im Februar sah sich Pezely gezwungen zu reagieren, und erst danach, am 1.3.88, schrieb er den Landrat an - 4 Monate nach dem

Kreistagsbeschuß sah sich Rudolf Pezely durch das Bohren des HOLZWURM gezwungen, seiner gesetzlichen Pflicht nachzukommen. Vom HOLZWURM gebissen, trat Pezely die Flucht nach vorn an.

Auf der Kreistagsitzung am 8.4.88 kam es dann wieder zu Merkwürdigkeiten. Zwar stellte Landrat Marmulla jetzt formal den Antrag "wegen der Befangenheit", aber eine öffentliche Prüfung wurde nicht vorgenommen; es bestand die berechtigte Furcht, daß der Filzvorwurf gegen den Kreistag dadurch neue Nahrung in der Öffentlichkeit erhalten würde. Horst Niggemeier und sein politischer Zwillingsbruder Werner Kirstein hatten das im Vorfeld geregelt.

Man kam im Kreishaus in einer Vorbereitungsrunde, die vor der eigentlichen Sitzung im Kleinen Sitzungssaal unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, auf folgenden Trick, der auch prompt durchgeführt wurde: Die nachweislich befangenen Kreistagsmitglieder erschienen erst gar nicht zu Beginn der Sitzung; es fand auch keine Debatte über die Befangenheit statt. Ein kleiner Taschenspielertrick von Pezely und Marmulla, um den Filz im Kreistag zu verschleiern, denn beiden ist die Furcht vor der Öffentlichkeit gemeinsam.

Nun sollte eigentlich alles glatt über die Bühne gehen. Die Grünen jedoch sorgten noch einmal für Aufregung, als Lutz Schindler den Antrag auf geheime Wahl stellte. Durch die große Zahl der befangenen und daher im Saal nicht anwesenden Kreistagsmitglieder bestand die Gefahr, daß der Antrag der Grünen durchkommen könnte.. Man sah als Zuschauer förmlich, wie Pezely der Schreck in die Glieder fuhr. Aufgeregte Ausrufe bei der SPD-Fraktion: "Damit kommen die nicht durch."

Der Antrag wurde abgeschmettert. Denn vor einer geheimen Wahl bestand große Angst, war doch die Kritik in der SPD-Kreistagsfraktion an Rudolf

Pezely in den letzten Monaten gewachsen. Hinter vorgehaltener Hand wurden ihm "Arroganz und Hang zum obrigkeitsstaatlichen Verhalten" vorgeworfen. Durch sein Verhalten bei dem Trinkwassergutachten Öfter Mark beispielsweise und bei anderen Peinlichkeiten sehen einige Genossen erhebliche Verluste bei der Kreistagswahl 89. Pezely und Niggemeier hätten in der Öffentlichkeit für ein Negativbild des Kreises Recklinghausen gesorgt. So waren einige Mitglieder der SPD-Fraktion bereit, Pezely bei einer geheimen Wahl einen "Denkzettel zu verpassen".

Pezely wurde dann in nicht geheimer Wahl mit "eindrucksvoller Mehrheit" wiedergewählt. Es fehlten nur noch der Preußische Präsentiermarsch und der militärische Gruß von Major Niggemeier.

Nach der Wahl unterbrach Marmulla wie abgesprochen die Sitzung für einige Telefonanrufe nach Düsseldorf und Münster.

Es scheint eine Recklinghäuser Besonderheit zu sein, dafür eine ordnungsgemäß einberufene Kreistagsitzung zu unterbrechen. Während dieser Zeit konnten sich die befangenen Kreistagsmitglieder unauffällig wieder in die Sitzung einschleichen.



Anzeige

baukollektiv
 „Maurerleute, Zimmerleute und ein Vagabund...“

- ★ Altbausanierung
- ★ Neu-, An- und Umbauten
- ★ Baubiologie

betrieb in selbstverwaltung
 ulmenstr. 17
 4350 recklinghausen
 tel.: 02361 - 36774

Neuer Kulturdezernent:

Natürlich ein Mann

Am 11.04. wurde der neue Kulturdezernent Peter Wolfshöfer im Rat der Stadt vereidigt. Damit setzte der Recklinghäuser Stadtrat seine Tradition fort nur Männer in leitenden Positionen zu wählen. Keine Frau hat eine führende Position in der Stadtspitze. Bürgermeister, Stadtdirektor, Dezernenten - nur Männer, Frauen werden in untergeordneter Stellung beschäftigt, es sei denn frau ist die Angetraute des SPD-Stadtverbandsvorsitzenden Marmulla.

Die frauendiskriminierende Politik der SPD wurde damit fortgesetzt mit den Stimmen der SPD-Frauen im Rat. Noch in der Ratssitzung im März forderte Elfriede Reichenberg von den Grünen nach einer Neuausschreibung der Stelle des Kulturdezernenten, um eine qualifizierte Frau für das Kulturamt zu finden. Das lehnten die Recklinghäuser Stadtpatriarchen ab.

Peter Wolfshöfer ist ein weiterer Spezi von Stadtdirektor Borggraefe. Wolfshöfer war von 1974-1983 Leiter der Volkshochschule Hattingen. Seine Unterlagen zur Bewerbung wurden dem Rat vorgelegt, nachdem sich abzeichnete, daß es Schmidt-Kohl nicht nach Recklinghausen ziehen würde und nicht städtischer Kulturdezernent wird. (Schmidt-Kohl wurde ursprünglich vom Rat gewählt als Holtmann-Nachfolger).

Peter Borggraefe hat noch starke Bindungen an Hattingen, am Anfang seiner Karriere strebte er das Amt des Bürgermeisters der Stadt Hattingen an, wie es heißt hat ein Arzt in Hattingen ihm diese Tour vermässelt und so kam Peter Borggraefe als Schuldezernent über Düsseldorf nach Recklinghausen. Ob er nicht daran gefingert hat, daß jetzt der ehemalige VHS-Leiter aus Hattingen nach Recklinghausen kommt?

Das hat Peter Wolfshöfer gemacht

bevor er in RE Kulturdezernent wurde:

1961 Reifeprüfung

1961-1967 Studium der Geschichte und Germanistik in Göttingen

1967 Ablegung der Wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Höheren Schulen

1967-1970 Wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für

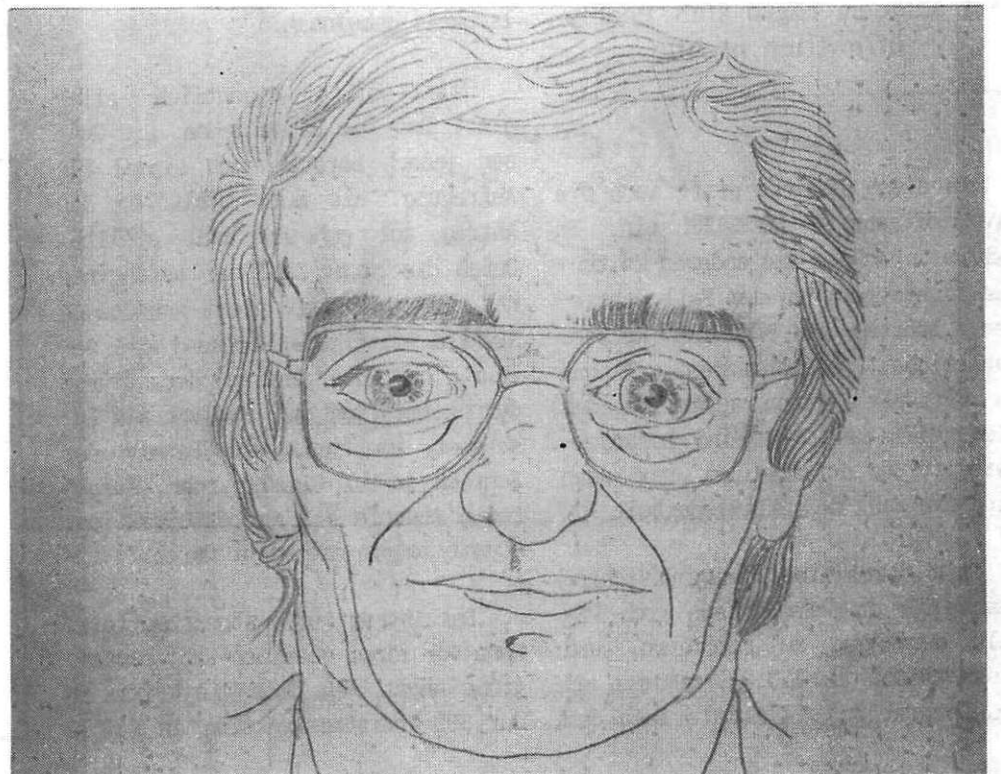
Osteuropäische Geschichte der Ruhr Universität Bochum

1970-1974 Pädagogischer Mitarbeiter und stellvertretender Leiter der Volkshochschule Bochum

1974-1983 Leiter der Volkshochschule Hattingen

seit 1984 Direktor der Bremer Volkshochschule

■■■



Sturm gegen § 218

Referat zum Internationalen Frauentag, gehalten auf der Frauentagsveranstaltung des Recklinghäuser Frauenplenums.

Die Leibesfrucht spricht

Für mich sorgen sie alle:

Kirche, Staat, Ärzte und Richter.

Ich soll neun Monate schlummern; ich soll es mir gut gehen lassen - sie wünschen mir alles Gute.

Sie behüten mich.

Gnade Gott, wenn meine Eltern mir etwas antun;

dann sind sie alle da.

Wer mich anrührt, wird bestraft;

meine Mutter fliegt ins Gefängnis, mein Vater hintennach, der Arzt, der es getan hat, muß aufhören Arzt zu sein. Die Hebamme, die geholfen hat, wird eingesperrt -

ich bin eine kostbare Sache.

Für mich sorgen sie alle:

Kirche, Staat, Ärzte und Richter.

Neun Monate lang.

Wenn aber diese neun Monate vorbei sind,

dann muß ich sehen, wie ich weiterkomme.

Kurt Tucholsky

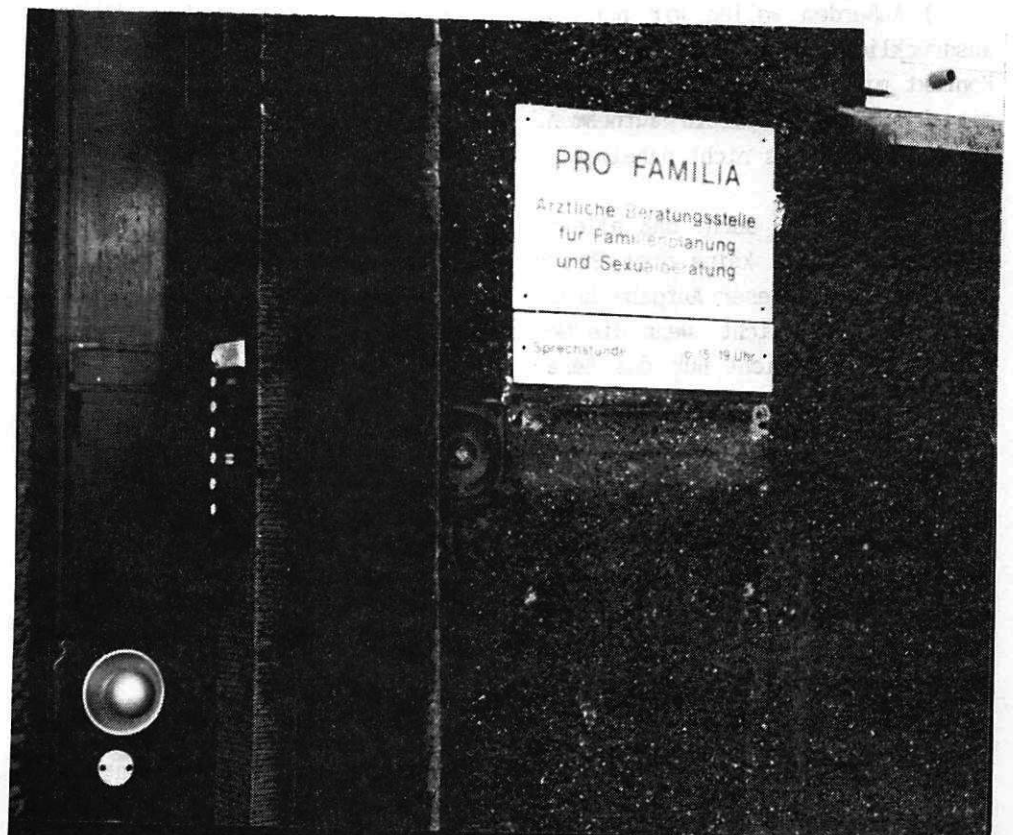
Dieses Gedicht hat vor 60 Jahren Kurt Tucholsky geschrieben. Es geht hier um die ungeborene Leibesfrucht. Es soll zu dieser hin beraten werden. Großzügige finanzielle Hilfen werden diesbezüglich auf dem Papier ausgewiesen. - Als Berater haben wir sie so in den letzten elf Jahren nicht erlebt -. Aber geht es bei einer ungewollten Schwangerschaft überhaupt nur um das ungeborene Leben? Kann eine Leibesfrucht wachsen und gedeihen, wenn sich ihre Trägerin, die Mutter, außerstande

sieht, die Schwangerschaft aufzunehmen?

Ich habe in meiner langen Praxis nicht erlebt daß mit dieser Entscheidung leichtfertig und fahrlässig umgegangen wird. Frau Süßmuth aber sagte in der Bundestagsdebatte am letzten Donnerstag wörtlich: »Eine Frau ist nicht in der Lage, in einer Krisensituation eine Schwangerschaft anzunehmen, ihr muß dabei geholfen werden.« Was für eine Sorte Mensch sind wir Frauen denn, daß wir in Krisensituationen nicht mehr denken könne, sondern einen Vormund brauchen, der uns die richtige Entscheidung beibringt!!

Die Erklärung zu dieser Äußerung kann nur sein, daß Frau Süßmuth sich in ihrer Regierungszeit männlich Denkungsweisen und Einstellungen angeeignet hat. Mit diesem Gesetzesentwurf haben die Bevölkerungspolitiker über die Frauenpolitik gesiegt.

Wenn wir Frauen wieder dem Gebärzwang untergeordnet werden und der völkischen Sicherung unseres Vaterlandes dienen sollen, sind wir weg vom Fenster der patriarchalischen Gesellschaft. Wir sind entmündigt und beschäftigt. Diese Grundtendenz der konservativen Kreise ist nicht zu leugnen. - Stellvertretend erhalten für alle Frauen müssen nun die Frauen, die ungewollt schwanger geworden sind -. Denn das ist böse. - Hier wird zur Sache gegangen. Hier kann man Zeichen setzen.



Pro Familia-Beratungsstelle an der Springstraße

Ich möchte gleich einmal richtigstellen, es geht bei uns überhaupt nicht um Kinderlosigkeit, das ist nicht unser Thema. Es geht um die freie Entscheidungsmöglichkeit der Frau zur Mutterschaft. Wir brauchen kein neues Diskriminierungs- und Entmündigungsgesetz. Die mühsam erkämpfte Reform des § 218 im Jahre '75 darf nicht ausgehöhlt und unterwandert werden. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal die schlimmsten Knackpunkte erläutern, die außer dem bereits erläuterten Punkt - Beratung zum ungeborenen Leben hin - auf uns zukommen:

2) Alle Beratungsstellen sollen nur anerkannt werden, wenn sie auch die Stiftungsmittel des Bundes verteilen. Wir sind gegen diese Interessensverknüpfung, denn wir glauben nicht, daß wir so weise wie Salomon sind und die begrenzten Stiftungsmittel gerecht verteilen können. Wir wollen dagegen einen gesetzlichen Geldanspruch für bedürftige Frauen. Wir wollen Frauen weiterhin als Anwältinnen bei ungerechten Ermessensentscheidungen begleiten.

3) Außerdem wollen wir nur auf ausdrücklichen Wunsch der Frauen Kontakt mit ihren Familien oder gar mit dem sozialen Umfeld aufnehmen. Wir wollen ihr das nicht nahelegen.

4) Wir denken auch, daß alleinerziehende Mütter keine dreijährige Begleitung bei dieser Aufgabe brauchen, besonders nicht, wenn die Gesellschaft und nicht nur das Beratungsgesetz kinderfreundlicher wird.

5) Der Hürdenlauf zur Erlangung der Indikation ist wieder eingeläutert. Die Beratung und Indikation muß von zwei Personen in zwei Gesprächen an zwei Stellen stattfinden. Das alles ist lebens- und realitätsfern. Ein offenes Gespräch kann eine Frau erst führen, wenn sie der Indikation sicher ist.

6) Die Ärzte, die Indikationen ausstellen oder Abbrüche vornehmen,

werden unter Druck gesetzt und mit Bußgeldern bedroht, falls sie nicht an den Fortbildungen in Beratung für das ungeborene Leben teilnehmen. Die Reichsversicherungsordnung soll außerdem geändert werden. Ein Schwangerschaftsabbruch kann nur noch über die Krankenkasse abgerechnet werden, wenn er zuvor dem statistischen Bundesamt gemeldet ist. Verstärkte Kontrolle auch hier, -

wann kommt dann die Rechnungsprüfung? Gutverdienende Ärzte werden sich weitgehend aus dem Geschäft um den § 218 zurückziehen. Wohin geht dann die Frau?

Wer ist jetzt noch so blauäugig und glaubt, daß mit diesem neuen Gesetz Abbrüche verhindert werden? Es gibt keine lückenlose perfekte Verhütung. Schwangerschaftsabbrüche hat

Zum geplanten Bundesberatungsgesetz und den Auswirkungen auf Pro familia

Welche Auswirkungen wird ein solches Gesetz auf Beratungseinrichtungen, Ärzte/Ärztinnen, Frauen haben? Die Auswirkungen auf die Beratungseinrichtungen hat der CDU-Bundespolitiker Kroll-Schlüter am besten auf den Punkt gebracht, er betonte: Wenn PRO FAMILIA nicht endlich den Frauen rät, die Kinder auszutragen, machen wir diese Einrichtungen dicht. Da liegt der Kern! Allen Beratungsstellen, die die Konfliktlage der Frau berücksichtigen und ihr eine eigenverantwortliche Entscheidung ermöglichen, die beraten und nicht unter Druck setzen wollen, sollen von der Finanzierung ausgeschlossen werden. Dagegen katholische Beratungsstellen, die sich einseitig dem Schutz des ungeborenen Lebens verpflichtet haben, werden nun umfassend und, wie in NRW erstmalig finanziert.

Am Beispiel NRW lassen sich die Konsequenzen verdeutlichen. Von den 248 Beratungsstellen nach § 218 werden 64 nur einen Arzt angestellt haben und damit die Möglichkeit der Indikationsstellung für Frauen gegeben ist. Entfällt dieses Kriterium "Arzt" und wird darüber hinaus das Beratungsziel einseitig festgeschrieben, werden PRO FAMILIA und AWO von der Finanzierung ausgeschlossen und Caritas und Sozialdienst katholischer Frauen neu aufgenommen. Eine Umkehrung des Beratungsnetzes wäre erreicht. Auf ungewollt Schwangere kommen die stärksten Belastungen zu. Sie sind eh in einer Konfliktlage und stehen unter Zeitdruck. Nun müssen sie zusätzlichen Personen, möglicherweise sogar dem Arbeitgeber Rede und Antwort stehen. Der psychologische Druck, die Bevormundung, Zeiten und Wege werden zunehmen. Schwangerschaftsabbrüche würden noch später stattfinden. Das Gesetzesvorhaben geht von dem Bild der

unmündigen Frau aus. Ihr wird keine Beratung zuteil, sondern sie weiß, daß sie sich, wenn das Gesetz verabschiedet wird, gegen Bevormundung wehren muß. Die im Gesetz eingeräumten Rechtsansprüche auf unverzügliche und umfassende Beratung sollen die Frauen und die Bevölkerung täuschen. Denn der Rechtsanspruch umfaßt nur die Beratung aber nicht die in Aussicht gestellten Hilfen. Die Regierung will dieses Gesetz, von dem sie selbst weiß, daß es Schwangerschaftsabbrüche nicht verhindert, sondern lediglich die Bedingungen unter denen er stattfindet, erschwert.

Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche sinkt weiter

In der aktuellen Auseinandersetzung um ein Bundesberatungsgesetz wird die Zahl der jährlichen Schwangerschaftsabbrüche in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder mit mehreren Hunderttausend angegeben. Zugleich wird der Eindruck erweckt, als ob die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche stiege. Dies ist nicht der Fall.

Die Gesamtzahl der Schwangerschaftsabbrüche hat 1986 mit etwa 128.000 den niedrigsten Stand seit 1980 erreicht. Dies bedeutet einen Rückgang von mehr als 30.000 in sechs Jahren.

Die Zahl von etwa 128.000 ergibt sich nach Berechnungen der PRO FAMILIA auf der Grundlage der mit den kassenärztlichen Vereinigungen und mit den Krankenkassen abgerechneten Fälle sowie aus den im Ausland registrierten Eingriffen an Frauen aus der Bundesrepublik.

Mit knapp zehn Schwangerschaftsabbrüchen je 1000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren schneidet die Bundesrepublik im internationalen Vergleich hervorragend ab. Eine noch geringere Häufigkeit wird lediglich aus den Niederlanden (5,6 Abbrüche auf 1000 Frauen) berichtet.

es zu allen Zeiten gegeben und wird es zu allen Zeiten geben. Das Gesetz wird sie nicht verhindern.

Um Abbruchzahlen zu senken, braucht es andere Hilfen.

In liberal regierten Ländern sinken die Abbruchzahlen; bei Abgabe von kostenlosen Verhütungsmitteln sinken die Abbruchzahlen, bei einer gründlichen und offenen Sexualpädagogik sinken die Abbruchzahlen; in einer friedvollen und kinderfreundlichen Gesellschaft sinken die Abbruchzahlen und sonst gar nichts.



NACHLESE

Die einzige Frauen-Veranstaltung, die direkt am 8. März, dem Internationalen Frauentag, in Recklinghausen stattfand, war die des Recklinghäuser Frauenplenums zum Thema § 218. Eingeladen waren Frau Hanisch (Pro familia), die ein sehr fundiertes und engagiertes Referat gegen das geplante Beratungsgesetz hielt, und 2 Schauspielerinnen des Ruhrfestspielensembles, die Passagen aus dem Theaterstück "Cyankali" von Friedrich Wolf vorlasen.

Es gab im Nachhinein nur einen Einwand gegen die ansonsten rundherum gelungene Veranstaltung: die Zulassung von Männern wurde in der Manöverkritik von einigen Frauen des Plenums kritisiert: Vermutlich dachte frau dabei besonders an Frau Wolfgang Tschentscher, die zu allem und jedem/r ihren Senf mit dem allseits bekannten Durchblickerzeigefinger dazutun muß. Kein Wunder, daß es einigen Frauen die Sprache verschlug, wenn solches Publikum die Diskussion penetrant zu bereichern versuchte!



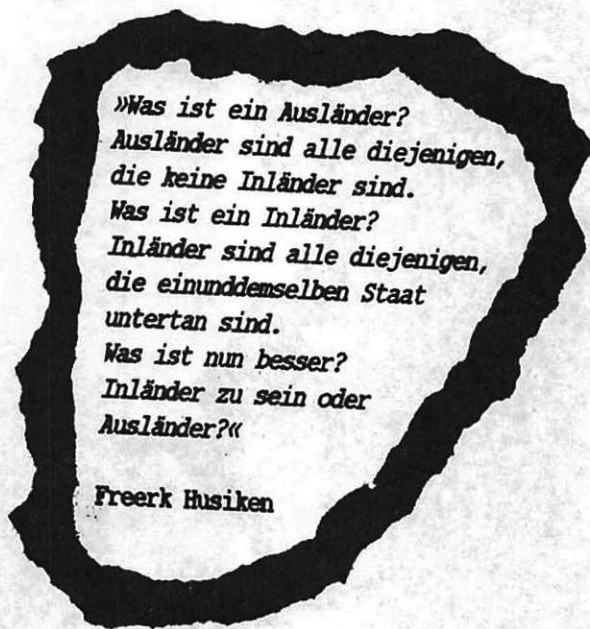
Jetzt fehlt eigentlich nur noch der

HOLZWURM

*Wie der zu bekommen ist? Ganz einfach
du kannst entweder:*

- * ein Probeheft beim Ziegelbrenner-Verlag, Münsterstr. 2a, 4350 Recklinghausen anfordern oder
- * gleich ein Heft für 2.-DM käuflich erwerben, z.B. im Buchladen Attatroll, in den Naturkostläden Sonnenblume und Wurzel, oder in den Kneipen '8-8', Drübelken und Grauzone oder
- * du abonnierst den HOLZWURM für 12 Ausgaben, das kostet 25.-DM. Einfach die Abo-Karte, die dem Heft beiliegt, ausfüllen und abschicken

! Wahlrecht für AusländerInnen!!!



Die Frage ist mehr als eine rhetorische. Denn auch wenn die in der BRD lebenden Ausländer verständlicherweise nicht den Wunsch und noch seltener die Möglichkeit haben vom Status des Ausländers auf den des Inländers umzusteigen, geht doch die Forderung nach gleichen Rechten für Ausländer und Deutsche in Richtung einer "Integration", von der man sich sehr wohl überlegen muß, wer sie will und wem sie nutzt. Denn "integrieren" will Zimmermann die Ausländer auch, selbst wenn er Integration fälschlich mit Anpassung übersetzt. Die jüngst bekannt gewordenen Pläne des Innenministers lassen sich auf die Formel bringen: Anpassen oder raus! Da scheint doch die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für Ausländer Wasser auf die Mühlen der Rechtsregierung zu sein. Wir meinen, daß sich die Forderung nach Teilhabe an den demokratischen Rechten von den Assimilierungs- und Ausgrenzungsbestrebungen der CDU-Politik entscheidend absetzt.

Trotzdem: ist es denn wirklich ein Gewinn, wenn Ausländer zukünftig mitentscheiden dürfen, welche Partei die Einreisebestimmungen verschärft und die Ausreisebestimmungen entschärft? Wenn sie also die "Wahl" haben nicht ob, sondern von wem sie ausgenutzt und ggf abgeschoben werden dürfen? Oder gibt es ernsthaften Zweifel daran, daß jede denkbare Regierungsmehrheit unter sorgfältiger Abwägung von politischen und ökonomischen Nutzensgesichtspunkten die Entrechtung der Ausländer, und das heißt Ausländerfeindlichkeit, duldet, bzw. schürt?

Die eigentliche Feind- besser: Gegnerschaft, die die hiesige Politik gegenüber Ausländern praktiziert, besteht ja nicht darin, daß diese nicht wählen dürfen, sondern darin, wie sie als Arbeitskräfte benutzt und wieder verschoben werden. Und diese Ausbeutung der Arbeitskräfte macht keinen Unterschied hinsichtlich der Staatsbürgerschaft:

SONNENBLUME

Springstraße 2
am Hauptbahnhof

... täglich frisches Brot & Brötchen
köstliche Milchprodukte sowie
Gemüse und Obst aus biologischem Anbau ...

Montag bis Freitag: 9-13 und 15-18 Uhr
Samstag: 9-13 Uhr

NATURKOST

Arbeitslosigkeit trifft deutsche und ausländische Arbeiter; Berufskrankheiten, Frühinvalidität und Frühverrentung kennen keine Nationalitätsunterschiede. Der eigentliche Skandal besteht nicht darin, daß ausländische Arbeiter zusätzlichen Schikanen, Kosten und Drangsalierungen unterliegen, so also z.B. auch an den "Segnungen" der Demokratie nicht im vollen Umfang teilhaben.

All das, was der demokratische Staat und die kapitalistische Ökonomie mit den eingeschriebenen Bürgern und den "Gast"-Bürgern gleichermaßen veranstaltet, das ist der eigentliche Skandal und das ist der Kern der Kritik von Ausländerfeindlichkeit. »Wer also von den hiesigen Formen der Benutzung von Menschen für fremden Reichtum nicht reden will, der soll von der Ausländerfeindlichkeit schweigen!«

Es hätte die Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit nicht seit nunmehr fünf Jahren gegeben, wenn wir nicht der Meinung gewesen wären, daß es trotz dieser Fundamentalkritik sinnvoll und notwendig ist, für eine - wenn auch schrittweise - Verbesserung der Situation der Ausländer in der BRD einzutreten und gerade damit immer wieder auf den beschriebenen ökonomischen Hintergrund aufmerksam zu machen. Denn Ausländerfeindlichkeit in jeder Form lenkt von den wirklichen Ursachen der ökonomischen Krisen und sozialen Probleme ab.

Dagegen müssen: das Unwissen beseitigt, Gegeninformationen vermittelt und Aktionen durchgeführt werden, die nicht bei der oberflächlichen Kritik an undemokratischen und unmenschlichen Verhältnissen stehen bleiben. Auch die Ausländer, die ja selber die Beteiligung an den Entscheidungsprozessen des Landes in dem sie leben, einfordern, wollen natürlich mehr als das Zugeständnis formaldemokratischer Rechte. Sie wollen die Beendigung ihrer Nöte, die ihren Ausländerstatus charakterisieren.



Ausländische Mitbürger - in der Bundesrepublik ohne Wahlrecht!

Das Kommunalwahlrecht für Ausländer kann dazu beitragen, der staatlichen und privaten Ausländerfeindlichkeit den Boden zu entziehen. Es kann zum Abbau von Vorurteilen und zur stärkeren Akzeptanz dieser Mitbürger in der Bevölkerung führen und damit den Blick frei machen auf die wirklichen Unrechts- und Ausbeutungsverhältnisse. Damit wäre die Teilhabe der Ausländer an kommunalen Entscheidungsprozessen mehr als das Wählen und das schöne Gefühl, daß ab sofort alles, was mit ihnen angestellt wird mit ihrer demokratischen Beteiligung abläuft. Es wäre ein Schritt zur Solidarisierung derjenigen, die wie die Ausländer als industrielle Reservearmee mißbraucht werden. Die Beteiligung an demokratischen Prozessen schafft auch auf dem Hintergrund eines ökonomischen Axioms Möglichkeiten der Kritik und ist damit ein Beitrag zur Emanzipation der Menschen.

Im Rahmen ihres Eintretens für das kommunale Wahlrecht für Ausländer veranstalten die Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Die Grünen, der Antifaschistische Bund u.a.

am 12.05 im Flexi
ein

Rockkonzert mit der Gruppe Carte de Séjour

am 31.05 in der Alt-
stadtschmiede

eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Wahlrecht für AusländerInnen mit dem Ausländerbeauftragten, KommunalpolitikerInnen und AusländerInnen der Recklinghäuser Partnerstadt Dordrecht

■ ■ ■

SERIE

RECKLINGHAUSENS

„ANDERE“ GESCHICHTE

TEIL V

Vom ersten Generalstreik der Bergarbeiter 1872 zur Gründung der Bergarbeitergewerkschaft

Vom ersten Generalstreik der Bergarbeiter 1872 zur Gründung der Bergarbeitergewerkschaft

Der Streik von 1872

Der Bergarbeiterstreik von 1872 stellte ein für das Ruhrgebiet völlig neues Ereignis dar; bisher hatten Belegschaften einzelner Zechen und Fabriken gestreikt, jetzt streikte die Belegschaft einer gesamten Wirtschaftsbranche. Dieser erste Generalstreik im Ruhrgebiet ging von einer Essener Bergarbeiterversammlung am 20. Mai aus. Aus gewählten Belegschaftsvertretern bildeten die Bergarbeiter ein Zentralkomitee, das auf einer Versammlung von mehr als 5.000 Bergarbeitern am 2. Juni 1872 die Forderungen der Streikenden aufstellte. Die Begrenzung der Schicht auf acht Stunden ein-

schließlich Ein- und Ausfahrt, eine Lohnerhöhung um 25 Prozent, die Abschaffung des Beiladens¹⁾ und die Forderung nach Hausbrand zu einem annehmbaren Preis standen im Vordergrund.

Die Essener Streikbewegung erfaßte rasch die Zechen in Mühlheim und Oberhausen, griff auf die Gelsenkirchener Berwerke Alma und Rheinelbe über, erfaßte die Zechen in Herne und Bochum, erreichte aber außer in Essen nur in Dortmund und Umgebung weitere Höhepunkte. Im Kreis Recklinghausen wurde seit dem 18. Juni die Bottroper Zeche Prosper bestreikt.

Während die Arnberger Regierung frühzeitig Militär gegen die Streikenden einsetzen wollte, berieten die Dortmunder Behörden unter dem Landrat von Rynsch die Vermehrung der Polizeikräfte durch Aufstellung einer Hilfspolizei. In der zweiten Streikwoche hatte der erste General-

streik seinen Höhepunkt und circa 21.000 Berleute zwischen Oberhausen und Unna verweigerten die Arbeit. Mitte Juli 1872 brach die Streikfront vollends auseinander. Das Zentralkomitee der Bergleute mußte den Mißerfolg des Streiks eingestehen.

Der erste Generalstreik im Ruhrgebiet scheiterte an der geschlossenen Abwehrfront der streikbedrohten Zechenbarone, die von der im Ruhrgebiet tonangebenden liberalen Presse unterstützt wurden. Auf Betriebsebene gelang es den Zechenbesitzern, die Solidariät durch Versprechungen und kleine Zugeständnisse auszuhöhlen. Unter Führung der Familie Waldhausen hatten die Essener Zechenbesitzer direkt nach Streikbeginn Kontakte zur Düsseldorfer Regierung aufgenommen, um die Unterstützung

1 Unzureichend beladene Kohlenwagen wurden durch das sog. Beiladen zuungunsten der Bergmänner aufgefüllt.

der Behörden zu ihren Gunsten sicherzustellen.

Der Recklinghäuser Landrat von Reitzenstein sah in den Streikenden nur streitsüchtige Naturen, die grundlos die Arbeit niedergelegt hatten. Dagegen erkannte der Altensessener Bergassessor Krabler, daß der Berarbeiterstreik keine ausschließliche Frage der Not, sondern eine politische Machtfrage war. Die Sozialdemokratie hatte auf den Streik geringeren Einfluß als sozialreformerische Katholiken; ein unmittelbares politisches Element fehlte diesem Streik, doch die erstmalige Bildung einer zentralen Streikleitung war ein neuer Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung an der Ruhr und ein früher Schritt zur Bildung einer gewerkschaftlichen Gegenmacht.

In der Pressekampagne gegen die Bergleute trat der Bergbauverein (2)

führend in Erscheinung. Der Streik hatte als Angriff auf ein von Unternehmern als dürftig, aber ausreichend bezeichnetes Lohnniveau begonnen. Thomas Mulvany, dem Zechen in Herne, Gelsenkirchen und Castrop gehörten, verbreitete in einer Broschüre, jeder Arbeiter erhalte »den vollen Werth seiner vollbrachten Arbeit nach dem Marktpreise« und war überzeugt, daß ein Bergmann »bei redlicher Pflichterfüllung ... gut und standesgemäß« von diesem Lohn leben könnte (3). So urteilte der aus Irland eingewanderte Bergwerksbesitzer, der heute wie damals von der bürgerlichen Presse und verschiedenen Historikern als wohlthätiger Förderer der Revierwirtschaft angesehen wird.

Die materielle Lage der Bergarbeiter ließ ein gutes Leben nicht zu. Streikende Bergarbeiter waren genötigt, in der Zeit des Ausstandes vorübergehend einer anderen Beschäf-

tigung oder Nebentätigkeiten nachzugehen. Dem beugte Dr. Natorp vom Bergbauverein vor, indem er mit den Direktionen der Köln-Mindener und Rheinischen Bahn vereinbarte, daß keine Bergleute für den Bau der neuen Eisenbahnlinien, bei dem Arbeiter fehlten, angeworben wurden. Neben den unzureichenden Löhnen herrschte in den rasch wachsenden Ruhrgebietsstädten große Wohnungsnot. In Essen war die Wohnungssituation katastrophal. Um den Streik zu beenden und künftige Arbeitskämpfe zu erschweren, ließen die Zechenbarone die Mietverträge in den Zechenkolonien verschärfen.

2 Der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, auch als Verein mit dem langen Namen bezeichnet.

3 Thomas Mulvany, The strike of the miners..., 1872, deutsche Ausgabe S. 2



...auch Frauen schufteten damals im Bergbau

Die Hochkonjunktur der frühen 70er Jahre löste eine Depression ab, in der die Arbeiter vorher errungene Vorteile wieder verloren. Die Angst um den Arbeitsplatz ließ die Proteste erlahmen. Im November 1873 streikte kurze Zeit die Belegschaft einer Essener Zeche. Zwischen 1872 und 1875 war dies der einzige Bergarbeiterstreik. Trotz günstiger Lebensmittelpreise verschlechterte sich die Situation der Bergleute, nachdem Mitte der 70er Jahre Lohnkürzungen zur Regel im Bergbau wurden. Mutlosigkeit angesichts der schlechten Wirtschaftslage verhinderte größere Streiks. 1876 wehren sich die Bergarbeiter auf Heinrich Gustav (Bochum-Werne) und Borussia (Dortmund) erfolglos gegen die Lohnkürzungen.

In Herne mußten sich die Belegschaften von Mont Cenis und Shamrock (einer Zeche Mulvanys) in kurzen Streiks auch gegen die Verlängerung der Arbeitszeit bei sinkenden Löhnen wehren. Anfang 1877 verschärfte sich die Krise durch Massenentlassungen und Feierschichten; innerhalb von zwei Monaten waren 10.000 Bergarbei-

ter entlassen worden. Eine Ausnahme blieb der Angriffstreik auf Louise Tiefbau in Dortmund, wo die Kumpel zwei Wochen für eine fünfundzwanzigprozentige Lohnerhöhung streikten und die Belegschaften der Dortmunder Zechen Margaretha und Schürbank & Charlottenburg verlangten in einem sechs Wochen dauernden Streik neben Lohnerhöhungen die Abschaffung der verschlechterten Arbeitsordnungen, die Anfang 1877 eingeführt wurden. Immer wieder mündeten diese Streikbewegungen in der Wahl von Streikkomitees auf den bestreikten Zechen. Die Kämpfe der Bergarbeiter verliefen organisierter. Daneben wehrten sich die Bergleute in der Depression durch Bremsen des Arbeitstempos, Bummeln und Boykott.

In den 70er Jahren verlagerte sich auch die politische Initiative der Bergarbeiter von ihrem alten Zentrum Essen, wo christlich-soziale Bergleute der Bergarbeiterbewegung führten, nach Dortmund, wo die Sozialdemokratie größeren Einfluß gewann. In den Jahren der Sozialistengesetze litten auch die von der Sozialdemokratie unabhängigen Aktionen

der Bergarbeiter, und sie mußten ebenso wie die Genossen der SPD verdeckte Organisationsformen in Konsum-, Bildungsvereinen und anderen Einrichtungen aufbauen. Entscheidend für die Organisierung der Bergarbeiter wurde aber der große Streik von 1889.

Der Generalstreik 1889

Siebzehn Jahre verstrichen bis der zweite Generalstreik im Ruhrgebiet ausbrach. Über den Streik von 1889 vermerkt eine Festschrift: *»Es war die bis dahin größte Streikbewegung der Welt.«* (4) In dieser Unternehmenschronik wird berichtet, *»daß die Streikenden 'meistens Polen' gewesen«* seien und daß die Belegschaft *»durch Bedrohung und Gewalttätigkeiten in Mitleidenschaft gezogen worden sei...«*; schließlich sei *»infolge des sofortigen und tatkräftigen Einschreitens der Zivil- und Militärbehörden ... größeres Unheil verhütet«* worden (5).

Rückschau auf den Streik von 1889 haltend, befand der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, daß die Bergleute 1889 die Aufbesserung ihrer Lohnverhältnisse nach der Krise der Gründerjahre besser ruhig abgewartet hätten (6). Die Ursache des Streiks sahen die im Langnamverein organisierten Zechenherren in den Lohnforderungen, seine lange Dauer im Wirken einiger "gewissenloser Hetzer" (7).

Den Krisenjahren der Gründerzeit, in denen die Bergarbeiter *»mit wahren Hungerlöhnen vorlieb nehmen mußten«*, folgte im Bergbau ein Konjunkturaufschwung ab 1886, in dem die Kohlen- und Kokspreise langsam anstiegen, die Steigerungsraten der Löhne aber weit zurückblieben (8). Im Ruhrrevier waren die Durchschnittslöhne der Bergarbeiter 1886 bis 1888 von 2,58 RM auf 2,69 RM ge-



Bergleute auf dem Heimweg

■ IMPRESSUM ■

Der Holzworm ist eine unabhängige Lokalzeitschrift. Alle Einkünfte werden ausschließlich für die Zeitschrift verwendet. Alle Redaktionsmitglieder arbeiten ehrenamtlich/unentgeltlich und sind über die unten angegebene Anschrift zu erreichen. Unabhängig von Anzeigenkunden, politischen Parteien und sonstigen Interessensgruppen versteht sich der HOLZWURM als Teil einer demokratischen Gegenöffentlichkeit. U.a. sollen Themen aufgegriffen werden, die in anderen lokalen Medien nicht oder nur unzureichend behandelt werden und es sollen Zusammenhänge dargestellt und diskutiert werden. Entscheidungen treffen beim HOLZWURM ausschließlich und gleichberechtigt die Mitarbeiter/innen. Der verantwortliche Redakteur wird ausschließlich angegeben, um den Pressegesetz genüge zu tun.

Der HOLZWURM erscheint 11mal im Jahr jeweils zum Monatsanfang. +++ Druck und Herausgeber: "Ziegelbrenner" Verlagsgesellschaft a.b.H. +++ Einzelheft: 2,00 DM +++ 12-Hefte-Abonnement: 25 DM/ Förderabonnement 40 DM und mehr +++ Private Kleinanzeigen sind kostenlos/Gewerbliche Anzeigen laut Anzeigenpreisliste 1/86 +++

ISSN 0176 - 8174

Redaktionsanschrift: Münsterstr. 2a, 4350 Recklinghausen (Innenstadt), Telefon 02361/15698.

Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Recklinghausen, Konto: 10 100 55 200 (BLZ 426 101 12)

Presserechtlich Verantwortlicher dieser Ausgabe:

Ralf Kropla.

Hauptsächlich gekennzeichnete Beiträge werden von jeweiligen Autor presserechtlich verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nächster Redaktionsschluß:

15.5.1988

Artikel, Beiträge, Leserbriefe, Hinweise, Zeichnungen u.v.m. werden von der Redaktion gerne angenommen. Mitarbeiten kann auch jeder. Von Schreiben der Artikel, über das Tippen (Satz), der Gestaltung (Layout) bis hin zum Druck und dem Vertrieb wird im HOLZWURM alles von den Mitarbeitern selbst erledigt. ■



UDO RÖSNER
DORSTENER STR. 19
4350 RECKLINGHAUSEN
TEL. 02361/22249

GITARREN
BÄSSE
AMPS
ZUBEHÖR
NOTEN
REPARATUREN
ALLER ART
... und vieles mehr.

stiegen, aber die Arbeitszeiten lagen immer noch auf dem hohen Niveau, das die Zechenbarone in den Krisenjahren durchsetzen konnten. Zwischen neun und zwölf Stunden mußten die Bergleute für diesen Lohn, der nur zum Notwendigsten ausreichte, arbeiten. Im gleichen Zeitraum hatten sich die Preise für Fettkohle von 5,50 RM auf 6,04 RM je Tonne verbessert; die Preise für Hochofenkoks waren von 7,83 RM auf 9,16 RM je Tonne gestiegen und die Tonne Briketts kostete 1888 7,81 RM, 50 Pfennig je Tonne mehr als 1886.

Ab 1889 war ein neuer Abschwung der Konjunktur mit wieder sinkenden Kohlenpreisen zu verzeichnen, doch einzelne Bergwerksunternehmen profitierten noch von dem vorausgegangenen Aufschwung. Der Reingewinn großer Bergwerksunternehmen verdreifachte sich in einigen Fällen von 1889 auf 1890 und fiel erst ab 1893 wieder unter das Niveau von 1889. Die Arenbergschen Zechen in Essen und Umgebung ermöglichten den Aktionären 1890 und 1891 Dividenden von jeweils achtzig Prozent; sogar im Abschwung 1893 lag ihre Dividendenausschüttung mit dreißig Prozent fünfmal höher als Mitte der 80er Jahre, als die Gewinne im Bergbau gegenüber 1880 bereits kräftig gestiegen waren und auch im Konjunkturunbruch ab 1886 gab es noch hohe Gewinnausschüttungen. Die Bergwerksgesellschaft Neu-Essen verzeichnete von 1889 auf 1890 eine Verdoppelung des Reingewinns und schüttete 1890

sechzig Prozent Dividende aus (1889: 25 Prozent). bergwerksgesellschaften, die vergleichsweise schlecht abschnitten, wie der Kölner Bergwerksverein, erreichten von 1889 auf 1890 ebenfalls eine Verdoppelung des Reingewinns. Die Dividendenausschüttung beim Köner Bergwerksverein erreichte 1889 nur sieben Prozent, ein Jahr später waren es trotz der Produktionsausfälle durch den Streik 20 Prozent (9).

Der Wert der Kohlenförderung im Ruhrbezirk war von 133,7 Mio RM im Jahr 1886 auf 159,4 Mio RM 1888 gestiegen. Vor dem Streik war der Zu-

4 Harpener Bergbau Aktien-Gesellschaft. Achtzig Jahre Ruhrkohlen-Bergbau von A. Heinrichsbauer, Essen 1936. Der Harpener Bergbau AG gehörten damals die Zechen Recklinghausen I/II, über den Streik weiß Heinrichsbauer sonst kaum mehr zu berichten, als daß der "Förderausfall 40.000 t" für die Harpener betrug.

5 Heinrichsbauer. S. 161

6 Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen 1885 - 1908, Essen 1908, S. 138

7 wie Fußnote 6, S. 138

8 Otto Hué, Die Bergarbeiter, Bd. 2, Berlin/ Bonn 1981. S. 354

WURZEL

Naturkostladen

Täglich frisches Brot
und Kuchen

außerdem

Gemüse, Milchprodukte
und vieles mehr
gibt's bei uns



D.Kerski - G.Riese

König-Ludwig-Str. 24

4350 RE-Süd

Tel.: 32531

wuchs besonders groß, 1889 lag der Wert der Förderung bei 184,9 Mio RM. Nach 1889 stieg er ebenso rasch wie die Gewinne und erreichte 1891 mit 312,8 Mio RM einen vorläufigen Höhepunkt (10). Insbesondere die seit den 80er Jahren stark zunehmende

Konzentration im Bergbau beweist, daß die Bergwerksunternehmen trotz immer wieder erfolgender Preiseinbrüche und Gewinnabnahmen eine profitbringende Wirtschaftsbranche waren. Die Bergwerksbesitzer profitierten erheblich von der im Ruhrgebiet nach 1871 steil steigenden Rohstahl- und Eisenproduktion. Die Hibernia, die Harpener Bergbau-AG und die Gelsenkirchener Bergwerks AG entwickelten sich zu Bergwerkskonzernen. Gleichzeitig ging großes Bergwerksvermögen in den Besitz der großen Stahlunternehmen wie Krupp, Hoesch, Gute-Hoffnungshütte über.

Der Bergarbeiterlohn war im Obergamtsbezirk Dortmund von 100 Prozent im Jahr 18886 auf 111,8 Prozent 1888 gestiegen. Im Streikjahr 1889 verbesserte sich der Lohn verglichen mit 1886 auf 121,9 Prozent. Die Lohnindices für 1890 betragen 138,2 und 140,67 Prozent. während aber nach 1890 die Gewinne der Bergwerke trotz der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen stiegen, sank der Durchschnittslohn schon 1892 und lag 1893 mit 122,5 Prozent nur noch

knapp über dem Niveau von 1836. Erst das Jahr 1896, in dem die Lohnhöhe von 1890 wieder annähernd erreicht wurde, leitete eine Reihe von Jahren ein, in denen der Durchschnittslohn im Obergamtsbezirk Dortmund ständig wuchs. Die Kosten für Lebensmittel waren zwischen 1886 und 1896 nur geringen Schwankungen ausgesetzt, deshalb verbesserte sich die Lebenslage durch die Lohnerhöhungen nur in den Jahren großer Lohnerhöhungen merklich (11).

Das Ergebnis des Streiks von 1889 waren nicht ausschließlich Lohnerhöhungen, sondern die Bergarbeiter erregten durch die Entsendung einer Delegation zum Kaiser gesellschaftliches Aufsehen im ganzen Reich. Die heftigen Auseinandersetzungen der Streikenden mit den im Langnamverein organisierten Zechenbesitzern, die von den Behörden und dem Militär unterstützt wurden, förderten unter den Bergarbeitern das Bewußtsein, daß die Organisation einer Streikbewegung durch ein zentrales Streikkomitee keine ausreichende Gegenmacht darstellen konnte, sondern die Schaffung einer Bergarbeitergewerkschaft notwendig war.

■■■



Aus Not suchen Frauen in den Abraumhalden nach Kohle

9 Wolfram Fischer, Herz des Reviers - 125 Jahre Wirtschaftsgeschichte des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen - Mülheim - Oberhausen, Essen 1965, Tab. 8

10 Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Obergamtsbezirk Dortmund in Essen 1885 - 1908, Essen 1908, S. 5

11 wie Fußnote 10, S. 161.

Frauen Machen Geschichte



Bei der Benennung von Straßen, Plätzen, Schulen, Jugendheimen und anderen öffentlichen Einrichtungen ist der HOLZWURM-Redaktion aufgestoßen, daß dafür in Recklinghausen nur sehr selten Namen von bedeutenden Frauen ausgewählt werden.

Diese chauvinistische Haltung von Rat und Veraltung der Stadt Recklinghausen ist ein Argernis und zugleich eine Diskriminierung von über 50 Prozent unserer Bevölkerung, eine Herabwürdigung der gesellschaftlichen Rolle der Frau. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, sich mit ihren Möglichkeiten für eine Änderung dieser Praxis einzusetzen.

Serie: Das Frauenportrait

Teil XVIII:

Marianne Werefkin

11.09.1860 - 6.02.1938

Die russische Malerin Marianne Werefkin ist zweifellos eine der großen europäischen Künstlerinnen.

Sie wuchs in einer weltoffenen und begüterten Familie auf und wurde schon früh gefördert. 1883 nimmt sie ihr Studium in Moskau auf; drei Jahre später wird der bedeutende russische Realist Ilja Repin ihr Privatlehrer (sein Gemälde, das Marianne Werefkin mit dem Arm in einer Binde zeigt, befindet sich in Wiesbaden). Es folgen Ausstellungen in Rußland und schließlich 1896 der Umzug nach München.

Ihre von Repin beeinflusste realistische Phase war zu Ende, und Marianne Werefkin beschloß, eigene Wege zu gehen. Entscheidend dafür war der Beginn ihrer Freundschaft mit Jawlensky (wer'sn det? euer

Setzi), den sie in jeder Hinsicht unterstützte, weshalb ihr eigenes Werk zunächst zurückstellte:

»Drei Jahre vergingen in unermüdlicher Pflege seines Verstandes und seines Herzens. Alles, alles was er von mir erhielt, gab ich vor zu nehmen, alles, was ich in ihn hineinlegte, gab ich vor als Geschenk zu empfangen ... damit er nicht als Künstler eifersüchtig sein sollte, verbarg ich vor ihm seine Kunst.«

In München wurde Marianne Werefkins Salon bald das Zentrum der Schwabinger Szene, zu der u.a. Kandinsky, Klee und Marc gehörten. Dort wurde auch die Neue Künstlervereinigung München gegründet (1909).

Frau Werefkin war aber nicht nur Medium, sondern sie war sich sehr wohl ihrer eigenen Kunst und ihrer Natur bewußt:

»Es gibt ein Ding, das meine Natur nicht ertragen kann, und das ist die Knechtschaft. Niemand und nichts hat das Recht, mich zu besitzen.«

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges flieht sie in die Schweiz, wo sie unter anderem mit Claire Groll und Else Lasker-Schüler zusammentrifft. Bis zu ihrem Tode - sie stirbt 77jährig am 6.2.1938 in Ascona - blieb Marianne Werefkin künstlerisch tätig und hinterließ ein umfangreiches Werk.

BLEIWÜSTE

Vom Holzklötzchen zum Legostein

Essay über Spielzeug

Spielzeug - jeder kennt es, zumindest aus seiner eigenen Kinderstube. Es handelt sich um diese merkwürdigen Dinge, die heiß und innig geliebt, aber auch wuterfüllt gegen die Wände geworfen werden. Man sagt, daß nur Kinder mit Spielzeug hantieren, Erwachsene aber mit ernsthafteren Dingen sich beschäftigen. Spielzeug gilt als bloßes Zeug des Spiels, das der Welt der Fiktion angehört, es ist nichts für die harte Wirklichkeit. Was aber ist mit dem Familienvater, der mit wachsender Begeisterung stundenlang mit dem Spielzeug seines Sohnes spielt? Ist Spielzeug wirklich harmlos? Was ist Spielzeug, diese seltsame Verbindung aus Spiel und Zeug?

Das Zeug

Das Wort "Zeug" fungiert ähnlich wie das Wort "Sache" im alltäglichen Sprachgebrauch als eine Art Neutrum, mit dem etwas allgemein, meist unspezifisch, bezeichnet wird. Man sagt: "Hast Du die Sachen mitgebracht?", oder: "Bring das Zeug weg!". Das Zeug ist etwas, das zur alltäglichen Dingwelt gehört, mit der wir Menschen einen praktischen Umgang pflegen. Umgekehrt gesprochen: Die Momente des praktisch menschlichen Tuns in der Dingwelt sind mit dem Zeug verknüpft, mit dem wir tagtäglich hantieren. Das Zeug verfügt dabei über den Charakter des "um-zu". "Zeug ist wesenhaft, "et-

was, um ...". Die verschiedenen Weisen des "Um-zu" wie Dienlichkeit, Beiträglichkeit, Verwendbarkeit, Handlichkeit konstituieren eine "Zeugganzheit", wie M. Heidegger in seiner "Zeug-Analyse" sagt. Schlichter ausgedrückt: Das Zeug ist dazu da, um etwas zu erzeugen. Das Flugzeug erzeugt einen Flug, das Werkzeug ein Werk, das Schreibzeug... Wie aber steht es mit dem Spielzeug?

Das Spiel: game and play

Das Spielzeug erzeugt ein Spiel. Aber welches Spiel? Grundsätzlich muß der Begriff des Spiels in zwei Bereiche unterschieden werden, die jeweils verschiedene Spielweisen zum Ausdruck bringen.

Die erste Spielweise findet sich im Sport. Das Tun der Akteure ist an bestehenden Regeln ausgerichtet. Jeder Spieler kennt diese Regeln, wer gegen sie verstößt, wird vom Schiedsrichter bestraft.

Die zweite Weise des Spielens ist zunächst mit dem Kinderspiel vergleichbar. Im Unterschied zum ersten Spielmodell ist das Tun der Akteure zumeist nicht an von vornherein bestehenden Regeln orientiert. Das Kinderspiel erfindet vielmehr beim Spielen die Regeln selbst, nach denen es spielt. Kinder spielen nicht nach den Regeln des Kindseins, so wie der Fußballprofi nach

denen des Fußballer-seins, sondern Kinder spielen Cowboy und Indianer, Vater, Mutter und Kind. Auch das Fußballspiel von Kindern hat zumeist seine eigenen Regeln, die von denen des Profisports verschieden sind.

Für diese beiden Weisen des Spielens hält die deutsche Sprache nur einen Begriff, nämlich den des Spiels bereit. Die englische Sprache ist demgegenüber differenzierter, sie unterscheidet zwischen game und play. Game ist das Spiel, welches nach Regeln verläuft, die von Beginn an feststehen und beim Spiel nicht verändert werden können. Das play hingegen entfaltet sich nicht nach bestehenden Regeln (game), sondern es erfindet die Regeln vielmehr, d.h.: die Regeln entstehen (play) beim Spielen.

Von der Sache her betrachtet, ist der Unterschied zwischen game und play auch in anderen Bereichen geläufig. Man unterscheidet etwa (wie bereits Aristoteles) zwischen Technik/Handwerk auf der einen und Kunst/Poetik auf der anderen Seite. Techniker und Handwerker handeln nach bestehenden Regeln (game), beim Haus-, Brückenbau oder beim Verlegen von Stromleitungen. Der Künstler und der Poet hingegen erfindet neue Regeln und Sichtweisen (play). Der Surrealist stellt Häuser und Brücken anders dar als ein Ingenieur. Sehr wohl existieren auch Vermittlungen zwischen game und play (Aristoteles sprach von "vermischten Handlungen"), z.B.: beim Eiskunstlauf. Die A-Note bewertet die Technik (game), die B-Note den künstlerischen Ausdruck (play).

Das Spielzeug

Das Spielzeug erzeugt ein Spiel. Aber welches Spiel? Game oder play? Ob das (Spiel-)Zeug zu einem play oder einem game veranlaßt, hängt vom Zeug selbst ab. Das Zeug ermöglicht dann ein play, wenn es möglichst we-

nig vorstrukturiert ist. Ich gebe ein Beispiel, um diese These zu verdeutlichen.

Man betrachte nur einmal die vom Handel angebotene "Barbie-Puppe". Barbie ist eigentlich keine Puppe, sondern eine junge Dame mit blonden Haaren und schlanken Beinen. Sie hat einen Freund, ein Haus mit Wintergarten, ein Auto und viele Kleider. Hinzu kommen unzählige Utensilien. Ein Herd mit Kochtöpfen, eine Gießkanne und Blumentöpfen, in die man echtes Wasser schütten kann, so daß in der Tat die Plastikblümchen aus dem Topf emporsteigen. Dieses Spielzeug ist fast völlig vorstrukturiert, d.h.: alles ist schon entschieden. Was mit dem Zeug getan werden kann, bestimmt das Zeug selbst, und nicht der Spieler. Man kann mit dem Zeug nur spielen, was das Zeug zuläßt, nämlich ein game. Barbie - das ist die verkleinerte Welt der Erwachsenen, an die Mädchen sich gewöhnen sollen. Schöne Haare, schöne Beine, Kochtöpfe und Blumenvasen. Neue Frauen braucht das Land. Das konservative Frauenbild wird vor aller offiziellen Politik bereits in der Kinderstube vermittelt. Ähnliches gilt natürlich auch für Jungen. Gerade in den letzten Jahren findet sich verstärkt Spielzeug auf dem Markt, das Science fiction-Elemente und mythologische Aspekte miteinander verbindet. Der Rächer aus dem All, der Wotan oder Siegfried gleicht, kämpft gegen das Böse. Figuren, Fahrzeuge, Tiere und Waffen strukturieren auch hier die game-Welt vor.

Spielzeug und Politik

Spielzeug enthält die Miniaturisierung einer Lebenswelt und deren Regeln (Barbie ist die Geliebte und Hausfrau, der Rächer aus dem All der starke Man), was in ähnlicher Weise auch für Comics gilt. Die im Spielzeug enthaltenen Regeln werden von Kindern übernommen. Genau genommen muß man fragen: Was macht das Spiel-

zeug mit den Kindern, während die Kinder etwas mit dem Spielzeug machen? So läßt das Barbiedame-System für ein play, d.h. die kreativ-kritische Praxis des Kindes wenig Raum. Galt der - in der Tat nach Th. Roosevelt benannte - Teddy-Bär einst als Universalspielzeug (Kamerad, Freund, Haßobjekt), mit dem vieles sich kreativ gestalten ließ, wird Spielzeug heute - und das ist meine systematische These - vermehrt auf ein game-Zeug eingeschränkt: d.h.: auf eine Übernahme bestehender gesellschaftlicher Regeln beim Spiel. Darin liegt der politische Charakter des Spielzeugs heute.

Man hat ein Spielzeug nicht einfach, es muß vielmehr mühsam und teuer erkaufte werden. Zusatzteil um Zusatzteil. Mit jedem neuen Teil wird aber das Regelnetz dichter. Etwa von 15 Jahren waren die Legosteine alle viereckig, von unterschiedlicher Größe und Farbe. Diese schlichte Vorstrukturierung veranlaßte Kinder zu ideenreichen Bauten. Heute gibt es im Legosystem viele Fertigbauteile, wie Fenster, Türen, Tische, Stühle, Schränke und viele Rundsteine, die einfach das sind, was sie sind. Sie können nur als Fenster, Türen verwendet, nicht aber wieder zerstört werden, um ein anderes und neues Ding zu produzieren. Fertigbauteil - genau dieser Begriff trifft die Sache. Alles ist fertig, es muß übernommen und reproduziert werden.

Natürlich ist dieser Prozeß, der die Wunschwelt werbemäßig eingrenzt, so daß nur das gewünscht wird, was da ist, sehr weiträumig. Er beginnt im Prinzip mit der Industrialisierung, in der auch Spielzeug zum Massenartikel wird, und das Funktionale über das Spielerische siegt. In seiner "Kulturgeschichte des Spielzeugs" schreibt W. Benjamin: »Überblickt man die gesamte Geschichte des Spielzeugs, so scheint in ihr das Format viel größere Bedeutung zu haben, als man zunächst es vermuten würde. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nämlich, als der nachhaltige Verfall der

Dinge beginnt, bemerkt man, wie die Spielsachen größer werden, das Unscheinbare, Winzige, Verspielte ihnen langsam abhanden kommt.«

Spielzeug und Krankheit

Die Tatsache, daß Spielzeug gesellschaftliche Regeln enthält, die von Kindern beim Spielen übernommen werden, macht sich die Kinderpsychanalyse zunutze, die von Anna Freud begründet worden ist. Vor allem Erikson und Winnicott nutzten das Spielzeug für ihre Analysen. Im Unterschied zu Erwachsenen kann man Kinder nicht auf die Couch legen und Fragen: "Na, was hast Du denn?". Auch eine Befragung der Eltern ist in letzter Instanz sinnlos, da gerade die Eltern nicht selten Ursache seelischer Leiden von Kindern sind. Um nun die seelischen Konflikte erkennen zu können, gaben die Analytiker den Kindern eine Puppenstube und die Aufgabe, mit dem Spielzeug eine alltägliche Situation so zu dramatisieren, wie die Kinder sie erleben. Auf diese Weise kommen seelische Konflikte durch das Spiel zum Ausdruck. Die Mutter ist im Haus, der Vater außen in der Berufswelt. Die Mutter teilt dem Vater am Abend die Sünden der Kinder mit, so daß der Vater eine "Strafexpedition ins Kinderland" (Mitscherlich) vornehmen kann.

Die auf diese Weise dargestellte Familiensituation ist symptomatisch für eine ganze Gesellschaft. Die Familie ist - so die bürgerliche Theorie - die Keimzelle des Staates. Im Jahre 1936 veröffentlichte M. Horkheimer im amerikanischen Exil eine Studie über die Familie. Demnach ist die Familie eine Keimzelle, aber eine Keimzelle in der auch falsche Autoritäten und gesellschaftliche Regeln vermittelt werden. Spielzeug enthält gesellschaftliche Regeln.

Martin W. Schnell

■ ■ ■

40 Jahre WAZ:

Das stand nicht in den Würdigungen

Vor 40 Jahren erschien zum erstenmal die WAZ im Ruhrgebiet, zum vierzigjährigen Jubiläum gratulierten Kohl, Rau, Blüm und Vogel kurz alles was in der Politik Rang und Namen hat. Nicht gesagt wurde, daß die WAZ die Rolle des Förderers der SPD im Ruhrgebiet spielte und spielt. Die starke Rolle der SPD im Ruhrgebiet beruht im wesentlichen auf der WAZ.

Der SPD-Funktionär Erich Brost ein enger Freund Kurt Schumachers hatte seiner Mitgliedschaft in der SPD die Lizenz der Engländer für die WAZ zu verdanken. Die WAZ sorgte in den vierzig Jahren ihres Bestehens durch beinhalten Verdrängungswettbewerb für einen Kahlschlag in der Zeitungslandschaft des Ruhrgebiets. Was Springer in Berlin und Hamburg ist die WAZ fürs Ruhrgebiet. Der Holzwurm würdigt die WAZ zum vierzigjährigen Bestehen.

Die WAZ-Gruppe ist durch ihre Ökonomische Stärke zu einer Bedrohung der Presselandschaft und der Meinungsvielfalt geworden. Jetzt 50 Jahre nach dem "Anschluß" Österreichs an das Großdeutsche Reich soll auch Österreich zeitungsmäßig wieder an Deutschland angeschlossen werden. Die WAZ-Gruppen hat große Anteile an den beiden bedeutendsten österreichischen Zeitung erwerben.

Die WAZ - oder: Wie wir uns täglich zu Tode amüsieren

Wer verbraucht jährlich 1.300 Tonnen Farbe, 70.00 Tonnen Papier, eine dreiviertel Million Druckplatten und 180 Kilometer Fotopapier in Zeitungsgröße? - Richtig: die Zeitungsgruppe der WAZ, mit ihren Tageszeitungs-Flagschiffen WAZ, NRZ, WP und WR sowie rund 50 Anzeigenblättern einer der größten Medienkonzerne in der Bundesrepublik. Mit allerlei erlaubten und unerlaubten Tricks hat sich der Medien-Riese



WAZ-Redaktionsgebäude in Recklinghausen

durch systematische Vernichtung und Aufkauf von kleineren, unabhängigen Tageszeitungen im Ruhrgebiet zum uneingeschränkten Monopol-Konzern "hochgearbeitet". Zusammengekommen erreicht der Medien-Gigant in Essen eine tägliche Auflage von 1,24 Millionen Exemplaren, die im Jahr rund 100 Millionen Mark Gewinn in die Taschen der beiden verkrachten Familien-Clans Funke und Brost wirtschaften. Ob das die Briten 1948 beabsichtigt hatten, als sie angetreten waren, die Monopol-Konzerne an Rhein und Ruhr zu zerschlagen und den beiden Blattgründern Jakob Funke und Erich Brost eine Lizenz zur Gründung der WAZ erteilten? - Wohl kaum! Doch auch die Freundschaft der beiden Gründer dauerte nicht lange: Alt-Sozialdemokrat Brost und der konservative Funke stritten sie sich schon bald über die politische und geschäftliche Linie des Blattes. Doch die WAZ wurde unterdessen nur größer und mächtiger. Der alte Familienstreit, der sich auch heute bei den Erben fortsetzt, bietet Zündstoff für unzählige Geschichten, die Dallas und Denver sicherlich in den Schatten stellen würden. Wir begnügen uns heute mit einigen ernsteren Machenschaften der allmächtigen WAZ und ihrer "Macher".

beteiligen dürfen. Eigentlich eine klare Sache, sind doch Pauschalisten und Pauschalisten im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes Arbeitnehmer und somit auch an den Wahlen ihrer Interessensvertreter zu beteiligen. Und immerhin arbeiten neben den 370 Redakteuren, Angestellten und Volontären rund 50 Pauschalisten bei der WAZ, deren Arbeitnehmerinteressen gewahrt sein wollen.

Für die "feder" ist dieses Gerichtsverfahren kein Einzelfall: Für sie steht dieser Fall nur beispielhaft für den "traditionellen Versuch der WAZ-Chefs, die Betriebsratswahl zu behindern".

Und so kann man in der Gewerkschaftszeitung regelmäßig über "Strafversetzungen", Arbeitsgerichtsprozesse und Schikana Maßnahmen gegen engagierte Journalisten und andere WAZ-Mitarbeiter lesen.

Nicht immer geht der Streit dabei allerdings zugunsten der Arbeitnehmer aus: Im Februar vergangenen Jahres waren 8 von 19 Betriebsräten von der Geschäftsleitung in andere Firmen versetzt worden, "um über die Nachrücker die sehr aktive Mehrheit von Mitgliedern der IG-Druck und Papier im Betriebsrat zu kippen". Um dieser "mäßigen Einflußnahme" seitens der Geschäftsführung zuvorzukommen, trat daraufhin der WAZ-Betriebsrat zurück. Doch den Rücktritt, durch den die "verlegerfreundlichen" Nachrücker (taz) abgeblockt waren, erklärte das Essener Gericht aus formalen Gründen für unrechtmäßig.

Die "taz" resümierte deshalb in ihrer Ausgabe vom 23.02.1987: "Damit ist das Ende des engagierten WAZ-Betriebsrates, der während seiner letzten Amtsperiode gegen die WAZ eine Vielzahl von Verfahren gewonnen hatte, zumindest bis zur regulären Neuwahl im Mai dieses Jahres besiegt".

Fazit: Politische SPD-Orientierung und arbeitnehmerfeindliche Verlagspraxis sind bei der WAZ kein Widerspruch.

**WESTDEUTSCHE
ALLGEMEINE
WESTFÄLISCHE ALLGEMEINE
ZEITUNG**

Herausgeber:
Erich Brost und Jakob Funke †

Chefredakteur: Siegfried Maruhn.
Stellvertreter: Franz Czerny, Ralf Lehmann,
Dr. Achim Melchers; Chef vom Dienst: Bodo Zapp.

Verantwortlich:
Politik: Dr. Achim Melchers; Wirtschaft:
Nobert Welter; Aus dem Westen: Horst
Baier; Aus aller Welt: Karl-Heinz Lech;
Kultur: Dr. Hans Jansen; Sport: Hans-Josef
Justen; Technik/Verkehr: Ferdinand
Hannen; WAZ Wochenende/Fernsehen:
Bodo Zapp; Verlagsbeilagen: Udo Heinze;
für alle Anschrift wie Verlag.

Chefreporter: Hans-Jürgen Poschke; Nach-
richten: Dieter Jeworrek; Dokumentation:
Hans-Georg Glaser; Büro Bonn: Willy Zir-
gibl; Büro Düsseldorf: Gerd Koch.

Produktion: Klaus Tillmanns; Bezirksredak-
tion Hagen: Gerhard Bückmann, Jürgen No-
waczyk; Organisation: Jürgen Steder; Aus-
bildung: Gabriele Bartelt-Kircher.

Verantwortlich für Anzeigen: Ernst Schil-
linger, Willi Sundermann, Anschrift wie
Verlag. Anzeigenpreisliste Nr. 14, Zeitungs-
gruppe WAZ (WAZ + NRZ + WR + WP)
Erfüllungsort und Gerichtsstand für das
Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und
Beilagen politischen Aussageinhaltes stel-
len allein die Meinung der dort erkennba-
ren Auftraggeber dar.

Freitags mit BWZ TV-Magazin zur Tageszei-
tung, samstags mit Freizeit Magazin Reise.

Kein Widerspruch: SPD-nah und arbeitnehmerfeindlich

Vor den Arbeitsgerichten ist die WAZ kein unbeschriebenes Blatt: So berichtet z.B. die Gewerkschaftszeitung der Deutschen Journalisten Union (DJU) "die feder" in ihrer Ausgabe vom April letzten Jahres über den Versuch der WAZ-Personalabteilung und Chefredaktion, die Wahl des Betriebsrates zu behindern.

Streitpunkt war die Frage, ob Pauschalisten (freie Journalisten, die für eine vereinbarte Pauschale als feste Arbeitnehmer arbeiten) sich an der Wahl des Betriebsrates

Anders sahen das jedoch die WAZ-Chefredaktion und die Verlagsleitung. "Auf Anweisung von Chefredakteur Maruhn", so die "die feder", wurden die Pauschalisten gewarnt, an der Betriebsratswahl teilzunehmen und gleichzeitig aufgefordert, mit einem beigefügten Schreiben dem Wahlvorstand mitzuteilen, daß sie nur freie Mitarbeiter seien: "Zur Vermeidung von Nachteilen".

Der Fall kam vor Gericht. Doch auch da zeigten sich die WAZ-Obern unbelehrbar arbeitnehmerfeindlich. Das Urteil gab jedoch dem Betriebsrat Recht. Es bescheinigte der WAZ-Leitung "unzulässige Wahlbehinderung" und bestätigte, daß Pauschalisten wahlberechtigt sind.

Unterhaltung statt Informa- tion

"Die Medien sind am gefährlichsten, wenn sie vorgeben, uns zu in-



Unabhängige Tageszeitung

Höchste Auflage im Ruhrgebiet

formieren, denn sie tun dies im "Zeitalter des Showbusiness" ausschließlich in Form von Unterhaltung. Nicht auf die Inhalte, die eigentlichen Nachrichten, oder gar auf den Leseverstand kommt es heute an, sondern nur auf Unterhaltung und Sensations-News".

Was Neil Postmann in seinem Bestseller "Wir amüsieren uns zu Tode" über die Wirkung des amerikanischen Fernsehens auf die Urteilsbildung der Menschen im "Zeitalter der Unterhaltungsindustrie" schreibt, läßt sich an Rhein und Ruhr mühelos auf die WAZ übertragen: Die größte regionale Tageszeitung aus Essen gibt uns im Revier die einzigartige Möglichkeit, daß wir uns täglich zu Tode amüsieren.

Denn die WAZ vermittelt allmorgendlich das Gefühl, uns über die wichtigsten Ereignisse auf der Welt zu informieren. Und so erfahren wir, daß Lino Ventura ein Herz für behinderte Kinder hat, welchen letzten Modeschrei man/frau jetzt in Paris trägt, wer die Frau auf dem 50-Pfennig-Stück ist und warum es in der Ehe von Charles und Diana kriselt.

Doch auch über Politik werden wir informiert. In fünf bis zwanzig Sätzen werden wir "umfassend" über die "Hintergründe" des "schwarzen Montag" an den Börsen unterrichtet, werden die Ursachen des Krieges zwischen Iran und Irak erläutert oder werden dreitägige Bundestagssitzungen in einer Meldung zusammengefaßt.

Täglich was Neues: möglichst noch besser, schneller, höher, skan-

dalöser, schockierender usw. Das sind die Nachrichten, die wir brauchen. Und schließlich muß sich die WAZ gegen "Bild" behaupten - die einzige Konkurrenz, die im WAZ-Imperium an Rhein und Ruhr noch nicht aufgekauft worden ist.

Doch was nützen uns die paar Fetzen "Wahrheit", die vom Informationsgehalt nicht über die abendlichen Nachrichten-Meldungen der Tagesschau hinausgehen? Werden wir durch den Vollständigkeits-Fetischismus (welchen Informationswert hat ein Artikel über einen Flugzeugabsturz in den USA oder ein Gerichtsverfahren in China?) nicht viel mehr desinformiert als informiert?

Zweifelsohne unterhaltsam ist die morgendliche WAZ-Lektüre allemal. Unterhaltsamer als die reale Wirklichkeit, die wir täglich erleben. Denn der häufigste Zustand in allen Orten auf der Welt ist schließlich, daß nichts passiert, sondern daß Mensch und Tier einigermaßen friedfertig vor sich hin leben. Und der zweithäufigste Zustand ist, daß Menschen und Verhältnisse sich langsam verändern.

Doch die WAZ-Welt ist täglich voller neuer Nachrichten und Sensationen. Zum Nachdenken bleibt keine Zeit, denn schließlich gibt es täglich etwas Neues. Die eigentlichen Nachrichten gehen dabei im Meer von belanglosen, aber zweifelsohne unterhaltsamen Meldungen unter, denn das Verlangen der Menschen nach Zerstreuung ist nach ihrer jahrelangen WAZ-Desinformation schier grenzen-

los.



Das WAZ-Imperium: Durch brutalen Machtmißbrauch zusammengeschnitten

Die WAZ ist nicht nur die größte bundesdeutsche Regionalzeitung: Mit den zugekauften Titeln "Westfälische Rundschau", "Westfalenpost", "Essener Tageblatt" und "Neue Rhein/Ruhr Zeitung" schafft der Essener Zeitungskonzern täglich eine Auflagenhöhe von 1,24 Mio. Das sind rund 3 Mio Leser täglich und 600 Mio Mark Umsatz im Jahr.

Bei solchen Zahlen kommt nur noch die "Bild"-Zeitung mit. Sie ist mit ihren fünf Mio Exemplaren täglich noch die einzige "Konkurrenz" für die WAZ-Blätter.

Doch die Essener Zeitungsgruppe unterhält nach Berechnungen des "Spiegel" auch den "größte Verlag für Anzeigenblätter". Sie gibt rund fünfzig verschiedene Anzeigenblätter mit einer Gesamtauflage von rund zwei Mio Exemplaren heraus und hält Anteile an 16 weiteren Blättern.

Experten schätzen den jährlichen Gewinn allein aus dem Zeitungsgeschäft auf rund 100 Mio Mark. Doch wie es sich für einen "ordentlichen Unternehmer" gehört, macht die WAZ natürlich keine Gewinne, sondern "investiert" den Profit aus den Monopol-Anzeigengeschäften in andere Projekte.

Nur so ist der Konzern überhaupt zu einem so großen Zeitungs-Imperium geworden. Denn gegen regionale Konkurrenten ging der Essener Konzern in der Vergangenheit mit allen Mitteln vor: In Vertriebsgebieten, in denen es eine Zeitungs-Alternative gab, hielt sie ihre Abonnementpreise so niedrig, daß die Konkurrenz am Erreichen kostendeckender Preise gehindert wurde. Finanziert wurden diese Niedrigpreise aus überhöhten Preisen in den Monopol-Gebieten. Wenn die Konkurrenz dann bankrott war, kaufte der WAZ-Konzern die Zeitungen billig auf. In einem Landtags-Hearing beklagte sich deshalb ein Konkurrent, "daß das WAZ-Reich ohne jeden Zweifel nur durch brutalen Machtmißbrauch zusammengeschmiedet worden ist". Ein Unterlassungsbegehren der WAZ gegen die Äußerung wies der Bundesgerichtshof nach Angaben des "Spiegel" ab.

Doch nicht nur auf dem Zeitungsmarkt an Rhein und Ruhr ist der WAZ-Konzern zu einem Imperium geworden, das Ewing-Oil in Dallas in nichts nachsteht: Spezial-Zeitschriften (Video-Magazin, Photo-Revue, Musik-Magazin, Echo der Frau usw. - siehe abgebildete Graphik) gehören ebenso zum WAZ-Konzern wie Beteiligungen und Verbindungen mit zahlreichen Firmen und Konzernen außerhalb des Medien-Bereiches.

Den Schlußpunkt im "WAZ-Total" sollen jetzt die Neuen Medien bringen: Neben einer Beteiligung an RTL-plus und verschiedenen Film-Produktionsgesellschaften will die WAZ vor allem ins lokale Hörfunk-Programm einsteigen. Etwa 10 bis 12 lokale Hörfunkstationen plant der WAZ-Konzern nach Schätzungen von Medien-Experten im Ruhrgebiet.

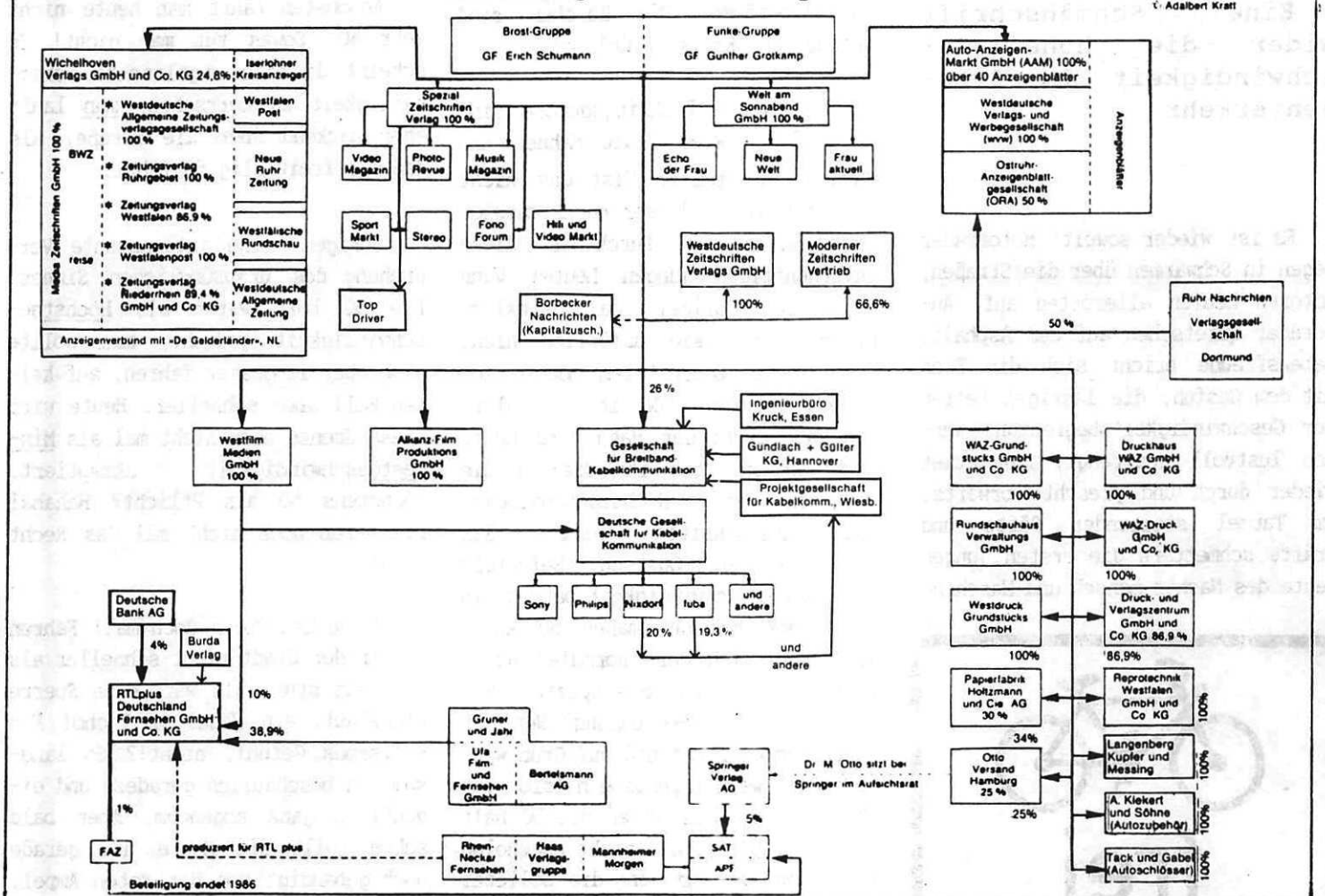


Radsport
HILTROP
Kaiserwall 14
4350 Recklinghausen
Tel. 02361/2 3406

- Mountain Bikes
- Touren-, Sport- und Rennräder
- Zubehör und Bekleidung

Achim Melcher's "Zum Tage" gibt's also demnächst nicht nur für's Auge, sondern auch noch aus dem Äther.

WAZ Imperium und wichtige Querverbindungen





Gaßfußbürger

Eine Schmähschrift wider die hohe Geschwindigkeit im Straßenverkehr

Es ist wieder soweit! Motorräder fegen in Schwärmen über die Straßen, Motoren heulen allerorten auf, Autoräder quietschen auf dem Asphalt! Lebensfreude bricht sich die Bahn mit dem Gasfuß, die lästigen Ketten der Geschwindigkeitsbegrenzung werden lustvoll gesprengt, man atmet wieder durch und prescht vorwärts. Im Taumel steigender Säfte und Kräfte schmettern die ersten jungen Leute des Nachts mensch und Maschine

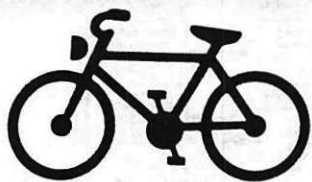
an Alleebäume. Die Zeichen sind untrüglich: Es ist Frühling!

Mit diesem Frühlingsgetöse sind auch gleich wieder die Mahner und Warner zur Stelle: "Ist das nicht schrecklich mit dieser rücksichtslosen Raserei! wie furchtbar, diese unvernünftigen jungen Leute! Wenn man die Polizei mal wirklich braucht, ist sie natürlich nicht da!" Diesen Entrüsteten möchte ich jedoch zurufen: "Oh ihr Heuchler! Ich sage euch: der Hahn wird heute nicht krähen, bis ihr dreimal die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit überschritten habt!" Ein Gleichnis, äh, Quatsch, Beispiel: Die Höchstgeschwindigkeit beträgt in der Stadt bekanntermaßen 50 km/h. Wann hält sich der "normale" Autofahrer, also nicht die Spezies "Raser", an diese Begrenzung? Wenn er an der Ampel steht und auf Grün wartet. Oder wenn irgendsoein Idiot vor ihm sich "sklavisch" an die 50 hält und er selbst gerade nicht überholen kann. Ach ja, und wenn die Bollezei (leider) zu sehen ist.

Ansonsten fährt man heute nicht mehr 50. Sowas tut man nicht! Es scheint da eine regelrechte Schamhaftigkeit zu herrschen; man läuft eher nackt über die Straße, als daß man freiwillig 50 fährt.

Übrigens eine interessante Verdrehung des ursprünglichen Sinnes. Die 50 km/h waren als Höchstgeschwindigkeit gedacht, man sollte also eher langsamer fahren, auf keinen Fall aber schneller. Heute wird diese Grenze noch nicht mal als Mindestgeschwindigkeit akzeptiert. Höchstens 50 als Pflicht? Hahaha! Sie haben noch nicht mal das Recht dazu!

Versuchen Sie's doch mal! Fahren Sie in der Stadt nicht schneller als 50, ganz stur, als wäre eine Sperre eingebaut, ein Nagel im Tacho! Ein seltsames Gefühl, nicht!? So langsam, ja beschaulich geradezu und eigentlich ganz angenehm. Aber bald schon rollt die Meute an. gerade noch gebändigt von der roten Ampel, stürzt sie nun heran. Im Rückspiegel



frei

sehen Sie fragende Gesichter: "Auto kaputt?" die verändern sich recht schnell in Richtung Ungeduld und Verständnislosigkeit. Man fährt Ihnen fast in den Kofferraum und betätigt auch schon mal die Hupe. Bei der ersten Überholmöglichkeit ziehen sie dann links rüber und vorbei. Dabei haben Sie nun Gelegenheit ein breites Sortiment an Reaktionen zu beobachten. Da werden ganz demonstrativ Häupter geschüttelt, unfreundliche Münder schnauzen lautlos auf Sie ein und wenn Sie Glück haben, zeigt man Ihnen sogar einen Vogel oder, jedoch seltener, man ballt die Faust.

Irgendwann ist die Horde aber vorbei und der Druck von hinten ist erstmal weg. doch die nächsten Autos

kommen schon bedrohlich näher. Mit der Ruhe ist es wieder vorbei. Das Spiel geht von vorne los. Das machen sie vielleicht noch ein paarmal mit, aber dann geben Sie entnervt auf und geben Gas. Sie fahren mit der Meute, denn das ist leichter. Sie rasen nicht unbedingt, aber Sie fahren zu schnell Sie passen sich dem üblichen Hetzverkehr wieder an. Die Atmosphäre ist laut, aggressiv und gefährlich. Fußgänger und Radfahrer müssen ständig auf der Hut sein, immer bedrängt von Autos. Der Straßenverkehr ist nur noch für Autofahrer in ihren schützenden Blechgehäusen erträglich und einigermaßen sicher. Autogerecht, aber menschenfeindlich!

Also, lieber Autofahrer, wenn Sie den nächsten Raser sehen, der

vielleicht gerade durch Ihre Wohnstraße heizt, dann schweigen Sie still und denken Sie daran: Sie brauchen ihn, den unerschrockenen Gasfuß-Rambo, den sonnenbebrillten Geschwindigkeitsidioten, den coolen Breitreifenheini mit seinem spoilerbewehrten anthrazitfarbenen Motorsportfetsch. (Was, an Ihren Wagen ist auch so'n Spoiler?) Denn er ist noch schlimmer als Sie, er macht den Buhmann, das Verkehrsschwein, er ist die Sau hinter der Sie Ferkel sich verstecken können. Neben seiner Desperadofahrweise wirken Ihre Dauersünden eher läßlich und Absolution ist Ihnen gewiß, denn die Polizisten fahren auch schneller als die Polizei erlaubt, privat sowieso!

Gerd

Heft 11 2. Jahrgang DM 1.00

Antifaz
Antifaschistische Zeitung
FÜR RECHT UND GERECHTIGKEIT

Verbot der F.A.P.!

MR. FLENSCHEN

IN DER TÜRKEI

Freiheit für Sargin u. Kutlu

Haydar Özcan:

Barfuß in die Wüste?

In der Schmiergeldaffäre um die Erkenschwicker Fleischwarenfabrik Barfuß entwickelt sich der gefeuerte türkische Betriebsrat Haydar Özcan immer mehr zur Symbolfigur. Özcan wurde am 16.02. von Barfuß entlassen, weil er sich geweigert hatte seine Beschuldigung, in der Fabrik würden Arbeitsplätze verschoben, zurückzunehmen. Bemerkenswert ist daran, daß sich seine Beschuldigungen zwar nicht gegen die Geschäftsleitung sondern nur gegen zwei Mitarbeiter richteten, die Familie Barfuß allerdings wie auf einen persönlichen Angriff reagiert. Im folgenden nun eine aktualisierte Zusammenfassung des bisherigen Falles.

Haydar Özcan?

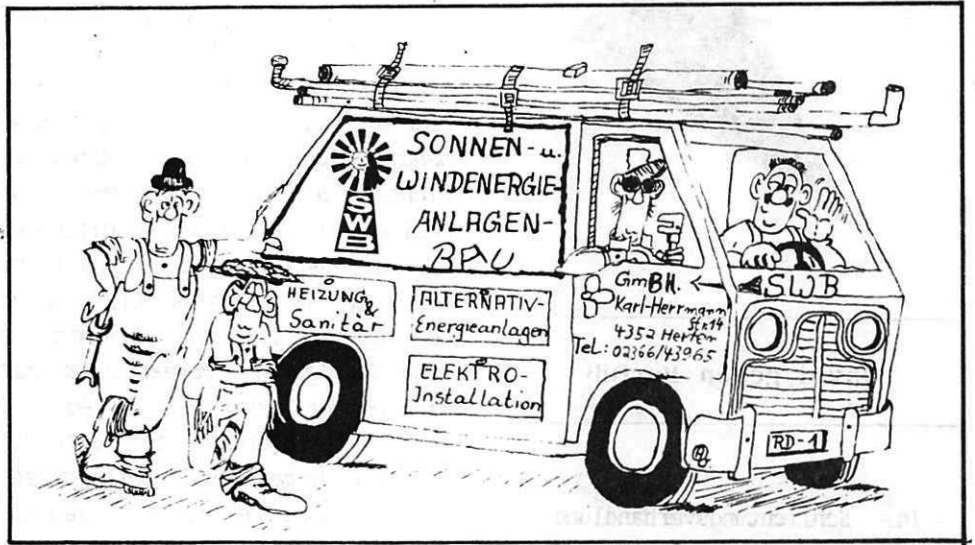
Haydar Özcan ist 27 Jahre jung, verheiratet und Vater von zwei Kindern. Er ist Bürger der Stadt Marl. Im Rahmen der Familienzusammenführung kam er als 14jähriger in die Bundesrepublik. Im Mai 1980 trat Haydar Özcan der Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten und Genuß bei. Am 20. Juni 1983 wurde er bei der Firma Barfuß eingestellt und im Schlachthaus als Betriebswerker angelernt. Haydar Özcan engagierte sich bei Barfuß für die Interessen seiner Arbeitskollegen. So wehrte er sich z.B. mit ihnen im Sommer 1985 gegen die Tatsache, daß geleistete Überstunden bei der Lohnabrechnung nicht berücksichtigt worden waren. Hierbei wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund von den betroffenen Kollegen eingeschaltet. Kurz darauf wurde Haydar Özcan vom Schweineschlachthaus in die Abteilung "Schweinsköpfe" versetzt, wo er über ein halbes Jahr arbeitete. Dies hatte den Verlust hoher, bisheriger Lohnbestandteile zur Folge. Um die Existenz seiner Familie abzusichern und weil er unter den Bedingungen, die im Betrieb herrschten, keine andere Möglichkeit für sich sah, zahlte er nach eigenen Aussagen 1.000 DM an einen Meister. Daraufhin wurde er im Sommer 1986 in das Schlachthaus zurückversetzt. Im April 1987 wurde Haydar Özcan von seinen Arbeitskollegen in den Betriebsrat gewählt.



Barfußiger Spährupp

Am 24.07.1987 wurde Haydar Özcan Arbeitskollege Saim Pazar fristlos gekündigt. Er hatte sich Anfang Juli aufgrund von Rückenschmerzen krankschreiben lassen. Doch einige Tage später erhielt die Barfuß-Geschäftsleitung ein anonymes Schreiben: Der 21jährige sei überhaupt nicht krank, sondern trotz des Krankenscheins im Lebensmittelgeschäft seiner Mutter tätig. Die Firma schickte daraufhin einen "Spährupp" los, um den Hinweis zu überprüfen: Am 17. Juli beobachteten zwei Barfuß-Beschäftigte besagtes Geschäft. Bei den beiden handelt es sich übrigens um die späteren "Knackwurst"-Kläger »Erwin Ruthe und Ramzan Karakaya« (Info-Schrift des "Solidaritätskreises zur Wiedereinstellung Haydar Özcan", Seite 14). Vor Gericht sagten sie am 4. September '87 übereinstimmend gegen Saim Pazar aus.

Haydar Özcan wurde als Entlastungszeuge benannt. Die Güteverhandlung vor dem Arbeitsgericht Herne scheiterte daran, daß Herr Pazar die angebotene Schlichtung - er sollte 6.000 DM Abfindung zahlen - ablehnte. Kurz nach der Verhandlung gegen ihren Kollegen wurden Haydar Özcan und, ein paar Wochen später, seine Frau »aus betrieblichen Gründen« (Barfuß) aus dem Schlachthaus versetzt. Am 16. Dezember wurde der Fall Pazar weiterverhandelt und die Barfuß-Kündigung für ungültig erklärt. Dennoch schaltete die Erkenschwicker Fleischfabrik auf Stur und verweigert seitdem Saim Pazar den »angeblichen Anspruch auf Arbeit« (aus der Anlage zum Anhörungsbogen an den Betriebsrat zur Kündigung H. Özcan).



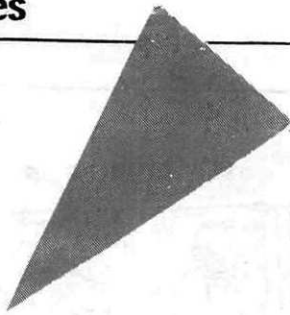
Schmiergel-d

Nach dem Prozeß wurde ein weiterer Arbeitskollege versetzt, der von Zahlungen berichtete, die er für die Vermittlung eines Barfuß-Arbeitsplatzes an bestimmte Beschäftigte entrichtet hatte. Ein Zeuge berichtete, daß es im Betrieb allgemein bekannt sei, daß auch andere Leute Geld für Einstellungen bezahlt haben. Dies wurde von der Presse aufgegriffen. Im WDR-Fernsehen und in der Erkenschwicker WAZ bestätigte Haydar Özcan mit mehreren anderen Kollegen, daß sie selber Bestechungsgelder bezahlt hätten. »Ich war einmal Zeuge bei einer Geldübergabe in der Firma Barfuß. Frau Hatice A. und ihr Ehemann mußten eine Arbeit nachweisen, damit sie in Deutschland bleiben konnten. Wir haben Herrn Ruthe 400,- DM gezahlt. Daraufhin konnte Frau A. anfangen zu arbeiten. Ich arbeite selbst bei Barfuß. Einmal hat der Meister Ruthe von uns geleistete Überstunden einfach nicht aufgeschrieben. Wir sind deshalb zum DGB gefahren, um uns zu beschweren. Als Barfuß die Antwort vom DGB erhielt, bin ich an einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz versetzt worden. Unter Zeugen habe ich 1.000 DM gezahlt, um an meinen alten Arbeitsplatz zurückzukommen.« (Haydar Özcan am 2.02. 11: der WDR-Fernsehsendung "plus 3")

Am 16. Februar dieses Jahres wurde der Betriebsrat Haydar Özcan von Barfuß fristlos gekündigt, weil er nicht bereit war, seine öffentlich gemachten Aussagen zurückzunehmen. Die Kündigung warf ihm grobe Beleidigung des Arbeitgebers, ernsthafte Störung des Betriebsfriedens und Zerstörung der Vertrauensbasis vor.

Knackwurst

Haydar Özcan ließ sich nicht einschüchtern. Zwei Tage später wiederholte er als Zeuge im "Schmiergeldprozeß", der von einem Meister und einem Arbeiter des Schlachthauses gegen den Verantwortlichen der DKP-Betriebszeitung "Knackwurst" angestrengt worden war, seine zuvor gemachten Aussagen. Diese Verhandlung endete übrigens damit, daß der beklagte Redakteur, Detlev Beyer, seine Beschuldigungen aufrecht erhalten konnte. Er hatte behauptet, daß die beiden Kläger »für die Einstellung eines neuen Arbeiters bei Barfuß ..(diesem)..1.000 bis 2.000 DM als Vermittlungsprämie abknöpfen« ("Knackwurst - DKP-Betriebszeitung für die Beschäftigten bei Barfuß", vom 21.09.1987).



David gegen Barfuß

Die Schlichtungsverhandlung in der Sache Özcan/Barfuß fand am 7. April vor dem Herner Arbeitsgericht statt. Die vorsitzende Richterin Frau Dr. Heuser wies daraufhin, daß gewichtige Gründe für eine Kündigung vorgebracht werden müssen. Da eine Einigung an diesem Tage unmöglich war - der Gewerkschaftsvertreter stellte unmißverständlich klar, daß er auf Wiedereinstellung klage und der Rechtsanwalt des Unternehmens erklärte ebenso kategorisch, daß dies für Barfuß nicht ginge - wurde ein weiteres Verfahren für den 25. Mai anberaumt. »Die Richterin will die Protokolle des Prozesses von der Zivilkammer des Landgerichts Bochum anfordern. Ebenfalls die Protokolle des Prozesses Saim Pazar gegen Barfuß sollen hinzugezogen werden.« (WAZ-Oer Erkenschwick vom 8.04.1988)

Solidarität

Kurz nach Haydar Özcan's Entlassung gründete sich der Solidaritätskreis für die Wiedereinstellung von Haydar Özcan, der mit Informationsständen auf zahlreichen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit trat und bis zum 27.04. 2187 Unterschriften für die Wiedereinstellung des ehemaligen Barfuß-Betriebsrates sammelte. Damit hat der Solidaritätskreis sicherlich mehr zur Unterstützung von Herrn Özcan getan als seine ehemaligen Betriebsratskollegen bei Barfuß. Deren Vorsitzender,

Hans Scholz, distanzierte sich am 11.04. bei einer AWO-Mitgliederversammlung deutlich, indem er erklärte, »daß der Betriebsrat unabhängig vom laufenden Arbeitsgerichtsprozeß eine "Entlassung" des Kollegen Özcan aus dem Arbeitnehmergremium anstrebe. Für dieses Vorgehen habe man Rechtsschutz von der Gewerkschaft erhalten. Außerdem, so Hans Scholz, sei Heydar Özcan mitnichten der engagierte Kollege, als der er von interessierter Seite dargestellt werde. Von 15 Betriebsratsversammlungen sei er nur siebenmal zugegen gewesen, nie habe er ein Wort gesagt.« (Oer-Erkenschwicker Stadtnachrichten, 12.04. '88)

Sensation!-slust?

Immerhin war Haydar Özcan engagiert genug, am 2. Februar vor laufender Kamera auszusagen und diese, auch ihn selbst belastende, Erklärung im Prozeß gegen den "Knackwurst"-Redakteur D. Beyer zu wiederholen. Zusätzlich fordert er die 1.000 DM, die er Meister Ruthe gezahlt hat über eine Zivilklage zurück. Dennoch ist verständlich, daß es die Richterin Frau Dr. Heuser fragwürdig findet, daß Haydar Özcan nicht in seiner Funktion als Belegschaftsvertreter tätig geworden sei, als ihm die "Schmiergeldaffäre" bekannt geworden sei. »Hier hätte er doch zunächst einmal eine innerbetriebliche Klärung herbeiführen müssen, "statt der Sensationslust der Öffentlichkeit Genüge" zu tun, erklärte die Richterin.« (Oer-Erkenschwicker Stadtnachrichten vom 8.04. '88)

...oder Ohnmacht?

Dies ist der Punkt im ganzen Verfahren, der tatsächlich rational

nur schwer erklärbar zu sein scheint und deshalb von den Vertretern der Barfuß-Interessen, quasi in einer Flucht nach vorne, stark aufgebläht

Terminplanung des Solidaritätskreises für die Wiedereinstellung des Betriebsrates Haydar Özcan bei der Firma Barfuß

Sa./So., den 30.04./1.05. '88

Beteiligung und Unterschriftensammlung bei den Kundgebungen, Demonstrationen und 1.Mai-Veranstaltungen des DGB

Mitte Mai

Solidaritätsveranstaltung für Haydar Özcan mit türkischer Kultur und Folklore

Fr., 20.05. - So., 22.05. '88

Informationsstand des Solidaritätskreises auf dem Bullshit-Festival in Oer-Erkenschwick

Sonntag, den 28.05. '88

19.00 Uhr, Unterschriftensammlung vor der Stadthalle in Oer-Erkenschwick anlässlich einer Festveranstaltung der SPD

Sa./So., den 4./5.06. '88

Informationsstand des Solidaritätskreises auf dem Festival der Jugend der SDAJ im Gysenbergpark in Herne, zu dem über 200.000 Besucher aus der ganzen Bundesrepublik erwartet werden.

Mittwoch, den 8.06. '88

12.30 Uhr, Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Herne in Zimmer Nr. 303 Betriebsrat der Firma Barfuß gegen Haydar Özcan

Fr./Sa., den 10./11.06. '88

Unterschriftensammlung vor dem Stimmerstadion in Oer-Erkenschwick anlässlich eines Sportfestes

Kontaktadressen des Solidaritätskreises sind:
 Bahattin Erdem, Stuckenbuschstr. 155, 4350 Recklinghausen, Tel. 02361 25 976
 Günther Bothe, Friedhofstr. 26, 4350 Oer-Erkenschwick, Tel. 02363 56 350

wird. Doch: ein Betriebsrat, der nicht verhindern kann, daß ein Mitarbeiter, der eingangs erwähnte Saim Pazar, aufgrund eines anonymen Schreibens und einer "Spähtrupp-Kontrolle", (ja, verdammt, darf denn ein Arbeitgeber das?), gefeuert wird, hat wohl einfach nicht genug zu sagen, um den, noch am 8.04. in den Oer-Erkenschwicker Nachrichten tönenden Gregor Barfuß: »Bei uns sind Arbeitsplätze nicht käuflich...das ganze (ist) eine Aktion der DKP-Geschäftsstelle Recklinghausen.« wenigstens zu einer Prüfung des Sachverhaltes zu bewegen.

noch sechs daran erinnern (konnten), daß bei dem Erkenschwicker Unternehmen Schmiergelder gezahlt wurden.« (der gute "Holzwurm", März '88, S.28). Sich mit einem Betrieb anzulegen, in dem derartige Denkwürdigkeiten möglich sind, hätte Haydar Özcan, bei einer vorsätzlichen Schädigung des Unternehmens, doch zu tieferem Kopfzerbrechen führen sollen, als es seine Äußerung gegenüber der am 11.02. erschienenen Erkenschwicker WAZ vermuten lassen: »Ich wollte endlich einmal etwas tun, hinter dem ich voll stehen kann.«

die Erklärung parat, daß »sein Mandant zum Teil zu Stellungnahmen gezwungen worden« sei (Oer-Erkenschwicker Stadtnachrichten, 8.04.'88). Dieser Aussage schenkte das Gericht bereits am 7.04. wenig Glauben, außerdem isoliert sie Herrn Özcan von den bisher größtenteils auf seiner Seite stehenden Medien.

Vielleicht ist die Wahrheit eine etwas naive Schlußfolgerung aus den Überlegungen, daß die Barfuß-Betriebsräte nichts - die überregionalen Medien vielleicht doch etwas mehr erreichen können, wenn es um den Kampf gegen die Ausbeutung ausländischer Arbeitskollegen geht.

Herr Özcan's Anwalt hatte für Haydars Untätigkeit als Betriebsrat

Vorsätzlicher Rufmord an einem Toten

»Es ist offensichtlich, daß Herr Özcan nicht nur eine Schädigung des Ansehens seines Arbeitgebers billigend in Kauf genommen hat, sondern es sogar darauf anlegt, durch geeignete Darstellung seiner Aussagen bewußt seinen Arbeitgeber zu diffamieren und zu schädigen.« heißt es in der Anlage zum Anhörungsbogen an den Betriebsrat zur Kündigung des Betriebsratmitgliedes Haydar Özcan. Angesichts der Erfolgchancen die sich der Betriebswerker Özcan für ein solches Vorhaben selbst hätte ausrechnen können: Rausschmiß - und das bei seiner eigenen finanziell ungünstigen Lage, erscheint eine solche Bemerkung interessant. Mindestens ebenso bemerkenswert ist die Tatsache, daß »18 Tage vor dem Prozeß (gegen den "Knackwurst"-Redakteur) Ahmed A. eingestellt« wird. »Was hat die Firmenleitung bewogen, einerseits einem Zeugen (H.Özcan) zu kündigen, der die Schmiergeldzahlungen bestätigt hat, und andererseits den Ehemann einer Zeugin einzustellen, die im Prozeß keine Kenntnis von Schmiergeldzahlungen gehabt haben will?« ("Knackwurst" vom März '88). Seltsam genug auch, daß sich bei besagtem Prozeß »von insgesamt vierzehn geladenen Zeugen ... nur

Anzeige

Kartoffeln
aus biologischem Anbau

Weizen
Roggen

THEOS FARM
Theo Schürmann
Bönter-Grensweg
Tel. 0236 8/1242

Eier
aus artgerechter Tierhaltung

Rindvachtel
Schweinehälften

Niggemeier hält SPD-Chef Vogel für unglaubwürdig

Auf der letzten Kreistagssitzung glaubte der Fraktionsvorsitzenden Horst Niggemeier den SPD-Vorsitzenden und Fraktionschef im Bundestag, Hans Jochen Vogel, der Unglaubwürdigkeit zu überführen. Die Grünen im Kreistag hatten im Kreistag den Antrag gestellt, bei den Stromerzeugern darauf hinzuwirken, von der Atomkraft abzugehen.

Nach den Antrag der Grünen sollten die zuständigen Vertreter des Kreises Recklinghausen im Verwaltungsbeirat der VEW bzw. in den zuständigen Gremien der Vereinigung kommunaler Aktionäre der VEW darauf hinwirken, daß

- die von der VEW bzw. deren Tochterunternehmen betriebenen Atomkraftwerke abgeschaltet werden,

- das Atomkraftwerk Lingen/Ems nicht ans Netz geht,

- das alle Projektierungen für den Neubau von Atomkraftanlagen (siehe HTR 500), an denen die VEW mittelbar

oder unmittelbar beteiligt sind, eingestellt werden.

»Diesen Antrag stellen wir anläßlich des Alkem/Nukem-Skandals, anläßlich der Erklärung Friedhelm Farthmanns, daß alle kommunalen Vertreter der SPD in den Gremien der Energieversorgungsunternehmen sich für den Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen sollen (Nu' aber Butter bei die Fische!) und anläßlich der Erklärung Jochen Vogels kürzlich in Gladbeck: "Ein AKW - drei Zehen.«

An sich ein Antrag der reine SPD-Positionen wiedergibt und der die Atomenergie als Totengräber der deutschen Kohle nachweist. Jetzt ergriff Atomlobbyist Horst Niggemeier das Wort und machte die Grünen zur Sau. Einige sinngemäße Zitate von Horst: »Da wird die alte Grüne Platte aufgelegt.«; »Es ist Ihr gutes Recht als Staatsbürger und Pseudopolitiker ihre Unfähigkeit zu demonstrieren.«; »Die These: "Kernenergie verdrängt Kohle" ist falsch« »Die Verstromung der Kohle ist durch den Jahrhundertvertrag gesichert.«

Dieser "Jahrhundertvertrag" läuft spätestens 1995 aus mit dem bisherigen Mengengerüst. Selbst in der IGBE-Zeitung Einheit (Chefredakteur: Horst Niggemeier) wird auf die Gefahr hingewiesen, daß das Mengengerüst für den Absatz im Verstromungsbereich in Gefahr ist, das 1992 spätestens französischer Atomstrom die deutsche Kohle verdrängt. Er hätte sich ruhig den Vortrag von



Horst Niggemeier

Hans Werner Meyer, IGBE-Vorsitzender und SPD-Bundestagsabgeordneter im SPD-Unterbezirk vor Funktionären und Betriebsräten anhören sollen, deren Inhalt der Äußerungen von Hans Jochen Vogel mit Zahlen und Fakten belegte.

Dann leistete er sich noch ein Ei, 1984 hätten die Grünen die Sau rausgelassen mit dem Waldsterben. Also die Grünen hätten das Waldsterben verursacht und nicht die Kraftwerke, Niggemeier-Logik im Kreistag Recklinghausen.

Da muß daran erinnert werden, daß Niggemeier im Aufsichtsrat des Betreibers des Braunkohlenkraftwerks Buschhaus sitzt und im Beirat der VEW, Sohn Horst macht Werbezeitschriften für den AKW-Betreiber VEW und Führungen im AKW Hamm-Uentrop. Bei soviel finanzieller Bindung an die AKW-Industrie scheint sein Interesse an der Darstellung der Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik äußerst gering. "Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'", das ist Niggemeierpolitik im Kreistag.

Man sagt einfach:
»Die Süddeutsche«
und jeder
weiß Bescheid.

Süddeutsche Zeitung

Anzeige

FESTE TERMINE

MONTAG

- 17.00 Redaktionssitzung der Antifaz, Altstadt-schmiede, Kellerstr. 10
- 19.00 Frauennotruf Tel. 15457 (bis 22.00)
- 19.00 Öffentl. Ausschußsit-zung i.d. Altstadt-schmiede
- 19.30 Chor der Reckling-häuser Gewerkschafter Musikschule, Im Rom
- 20.00 Redaktionssitzung des "Fachwerk", Ökumeni-sches Zentrum, Nordsee-str.
- 20.00 DIE GRÜNEN (Plenum) Herner Str. 43

DIENSTAG

- 16.00 Öffentlichkeitsar-beitsgruppe d. Alt-stadtschmiede
- 18.00 Percussionskurs mit Hardy Bublapp i.d. Alt-stadtschmiede
- 19.30 DIE GRÜNEN/Kaffee + Tee - Diskussionsrunde Herner Str. 43
- 20.00 DFI-Gruppentreffen Am Lohtor 1
- 20.00 DIE GRÜNEN, AG Umwelt, Herner Str.43.
- 20.00 Treff junger Frauen Frauenzentrum
- 20.00 Plenum für alle Fra-uen der Initiativen und Einzelfrauen im Fra-uenzentrum jeden 2. Dienstag i.M.

MITTWOCH

- 19.00 Treffpunkt f. Flücht-lingsarbeit, Kirchengemeinde Bruch, Magdale-nenstr. 3, RE; ab 20.00 Beratung von ausländi-schen Flüchtlingen
- 19.00 Antifaschistischer Bund, Altstadtschmiede
- 20.00 DFG/VK, jeden 2. Mi. i.M.; Heinrich-Pardon-Haus
- 20.00 Die Grünen, Fraktions-sitzung Herner Str. 43
- 20.00 BI Atom-Stopp Autonomes Zentrum

DONNERSTAG

- 17.00 Kulturgruppe/Programm-erstellung d. Alt-stadtschmiede
- 19.00 Lesbengruppe Frauenzentrum
- 19.00 Frauennotruf Tel. 15457 bis 22.00
- 20.00 Sitzung der Frauen-notrufgruppe Frauenzentrum

- 20.00 Förderkreis Städtepart-nerschaft Recklinghau-sen-Sebaco (Nicaragua) Altstadtschmiede
- 20.00 Amnesty International, ab 4.6. alle 14 Tage Paulushaus a.d. Paulus-kirche
- 20.00 Friedensinitiative Quellberg/Ost Gaststätte Alt Hillen
- 20.00 Friedensinitiative West Gaststätte Pauluseck
- 20.00 "Muttermilch ein Men-schenrecht e.V. jeden 1.Do. i.M. Autonomes Zentrum
- 20.00 Jazzinitiative Altstadtschmiede

FRITAG

- 18.00 Antifaschistischer Bund, Altstadtschmiede
- 18.30 Initiative gegen Aus-länderfeindlichkeit, Heinrich-Pardon-Haus
- 18.30 HOLZWURM öffentliche Redak-tionssitzung
- 20.00 Beratung von Kriegs-dienstverweigerern, jeden 1.+ 3. Freitag im Monat Heinrich-Pardon-Haus



ADRESSEN

- Altstadtschmiede/Soziokultu-relles Zentrum, Kellerstr.10, 02361/21212
- Amnesty International c/o Dorothe Luke, RE, Nord-seestr. 33, 02361/498432
- Antifaschistischer Bund (AFB) Palko Wieneke, RE, Herner Str. 8, 02361/27302
- Arbeitslosenzentrum RE-Süd, Pavillion am Sportplatz Sauerbruchstr, Mo-Pr 9-17 Uhr, 02361/61115
- Attatroll Buchladen Herner Str.16 02361/17002
- Autonomes Zentrum "Krim", Münsterstr.2a 02361/15698
- Baukollektiv Ulmenstr.17,RE, 02361/36774
- Begegnungs- und Beratungs-zentrum Bochumer Str., 02361/33683
- Bürgerinitiative "Atom-Stopp", c/o Ulrike Waterkamp, Kirch-platz 3, 4350 Recklinghausen
- Christliche Arbeiter-Jugend (CAJ), Kemnastr. 7, 02361/21073

- Demokratische Fraueninitiative (DFI), c/o Waltraud Weber, RE Hillen 15, 02361/747697
- Deutsch-Türkischer-Verein, RE, Am Steintor 5, 02361/17483
- Deutsche Kommunistische Par-tei, RE, Wiener Str., 02361/31437
- Deutsche Friedensgesell-geellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK), c/o Jürgen Pawlik, Sedan-str. 16, Tel. 61143
- DGB-Kreisjugendausschuß RE, Dorstener Str. 27a, 02361/21040
- Drogenberatung (DROB), RE, Hochlarmarkstr. 72 02361/36022
- Fachwerk Stadtteilzeitung, Nordseestr. 104
- Fahrradladen BQ, Herner Str. 119, 0234/582826
- Familienbildungsstätte RE, Kemnastr.23a, 02361/22551
- Förderkreis Städtepartner-schaft Recklinghausen-Sebaco (Nicaragua), c/o Alexander Kühnl, RE, 02361/59536
- Frauenzentrum, RE, Am Loh-tor 1, 02361/15457
- Freie Arbeiter Union Postlagerkarte 064162A, RE
- Friedensinitiative Nord c/o Rüdiger Mack, Börster Weg 60b 02361/ 182214
- Friedensinitiative Quell-berg/Ost c/o Vitus Lersch, RE, Nord-seestr. 114, 02361/492083
- Friedensinitiative Süd c/o Albrecht Weidling, RE, Tiefer Pfad 24, 02361/14613
- Friedensinitiative West c/o Jürgen Flüchter, RE, Misgelastr. 16, 02361/183141
- Gleichstellungsbeauftragte Tela Kitschke, RE, Stadthaus, Eingang C, Zi. 6, di-fr 8.30 bis 12.30, 02361/587833
- DIE GRÜNEN, Fraktion Rathaus, Zimmer 117 Mo-Pr 9-13 Uhr, 02361/587462
- DIE GRÜNEN, Stadtverband Herner Str., 43 02361/181241
- Heinrich-Pardon-Haus Jugendzentrum, Wichernstr. 4, 02361/44666
- HOLZWURM Zeitschrift für Recklinghausen und Umgebung, Münsterstr. 2a, 02361/15698
- Informationszentrum für Um-welt- und Naturschutz (IUN) Dortmund Str. 262, 02361/492696
- Initiative gegen Ausländer-feindlichkeit c/o Martin Upphof, Ginsterweg 4, 4370 Marl-Sinsen, 02365/84927

- Jugendzentrum Marienstr, RE, Marienstr. 2, 02361/36209
- Junges Forum Ruhrfestspielhaus, 02361/15521
- Jungsozialisten RE, Paulusstr.45, 02361/29329
- Kooperationskreis f. Flücht-lingsfragen c/o Cornelia Fidora, Bochumer Str. 161a, RE
- Mitfahrzentrale f.d. Kreis Recklinghausen/Arbeitslosen-zentrum Datteln, Am Bahnhof 18, 02363/71766 (mo-fr 11-18, sa 11-14, so/feiertags 11-13
- MLPD, c/o Christoph Klug RE, Schützenstr. 16
- "Muttermilch - ein Menschen-recht e.V. c/o Annette Holt-hausen, Westerholter Weg 16, 02361/29955
- Netzwerk Ruhr-Ost c/o Geschichtswerkstatt, Am Clpfad 27, 46 Dortmund Hörde, Tel. 0231/462242 - Regional-kontakt: Norbert, Tel. 02361 /182085
- Pro Familia Beratungsstelle RE, Springstr.11, 02361/26701
- Rote Hilfe Deutschland c/o Almut Ruler, RE, Innen-kamp 21 02361/12657
- Selbstorganisation der Zi-vildienstleistenden c/o Michael Bodin, Joh.-Se-bastian-Bach-Str. 26, RE 02361/14783
- Sozialistische Deutsche Ar-beiter Jugend (SDAJ) c/o Gitti Justen, RE, Marienstr. 73, 02361/61484
- Sonnenblume Naturkostladen, Springstr., 02361/13927
- Theater im Depot RE, Castroper Str. 23, 02361/47774
- Türkischer Arbeiterverein RE, Marienstr. 4, 02361/62564
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter Dortmund Str.11, RE 02361/22551
- Verbraucherberatung RE, Breite Str. 11, 02361/24101
- Volkshochschule, RE Herzogswall 17, 02361/587383
- Wurzel Naturkostladen König-Ludwig-Str. 24, 02361/32531
- Bitte Änderungen sofort an uns weitergeben. Telefon: 15698 Stand: 23.02.88



TERMIN

Montag, 2.05.,

20.00 **Literaturstammtisch**
altstadtschmiede Recklinghausen

Mittwoch, 4.05.,

15.00 **"Der Clown, dein Freund"**. Albartross-Kindertheater, Zeche Bochum/Studio

19.00 **African Queen, Film**
mit H. Bogart in der altstadtschmiede Re

Donnerstag, 5.05.,

20.00 **Jazz-Initiative**, live-Jazz-Session. altstadtschmiede

Samstag, 7.05.,

21.00 **Frauen-disco**, altstadtschmiede

Sonntag, 8.05.,

16.00 **Premiere: Kinderrevue**. in Studio der Zeche Bochum

20.00 **Helge Schneider**, Musik-Clowno-Parodie, Recklinghäuser altstadtschmiede

Montag, 9.05.,

10.00 **Kinderrevue** in der Zeche Bochum, auch um 16.00

20.00 **Die Ärzte**,
alle der Zeche Bochum

Mittwoch, 11.05.,

19.00 **Erpressung**
Film in der altstadtschmiede

Donnerstag, 12.05.,

20.00 **Jazz-Ini.**
live-jazz-session
in der altstadtschmiede

Freitag, 13.05.,

20.00 **Duo Arrabal**, Tan-geband
mit Tanzshow, Ruhr-Blues-Festival, div. live-acts, altstadtschmiede RE

Samstag, 14.05.,

9.30 **Meditative Bewegung**,
Grundelemente der bewußten Bewegung. Atembewegung, Hara-Übungen, dynamische Yogahaltungen, Tai-Chi, meditative Bewegung mit und ohne Musik. Mitzubringen sind ein Wolldecke und lockere Kleidung. Leitung: Roswitha Maria Kröner: die Insel, Marl

Sonntag, 15.05.,

15.00 **Phantasia**,
Kindertheater in der Recklinghäuser altstadtschmiede

Montag, 16.05.,

Bildungsurlaub: Neue Medien. Im Rahmen

ihres diesjährigen Schwerpunktthemas "Technologischer Wandel - wohin?" bietet die Insel (Marl) zur Information über die Entwicklungen im Bereich der Neuen Medien einen Bildungsurlaub an, in dem Wohil die technische Information, was sich hinter den einzelnen Begriffen verbirgt, als auch die politische Diskussion über die Auswirkungen und Folgen behandelt werden sollen. Nähere Auskünfte zu Inhalt, Durchführung und Anmeldeverfahren sind in der Marler Insel erhältlich.

Dienstag, 17.05.,

19.00 **Krüppel contra Sorgenkind**. Film über die Bürgerrechtsbewegung von Behinderten in der Bundesrepublik Deutschland, über deren medizinische, psychologische



AKZENTA

FUTON - GALERIE

Div. Futons, Delight-Lichtobjekte, Stoffe, Design-Möbel
Turmstr. 2 / Münsterstr. 8 · 4350 Recklinghausen · ☎ 02361 - 18 30 87

Eine Ausstellung des Recklinghäuser Künstlers, Andreas Ruppert, wird am Samstag, den 7. Mai in den Räumen der Futon - Galerie eröffnet.

Anzeige

TERMIN

und sozialen Ziele am Beispiel eines an Kinderlähmung erkrankten jungen Mannes. Leitung: Jochen Stelzer, Ort: die Insel, Marl

Mittwoch, 18.05.,

19.00 **Incident**, Film in der altstadtschmiede Recklinghausen

Donnerstag, 19.05.,

19.30 **Die Planeten Jupiter und Saturn**, Jupiter und Saturn sind die beiden größten Planeten unseres Sonnensystems. Sie zeigen einen völlig anderen Aufbau als die Erde. Darüber hinaus verfügen sie über eine riesige Zahl von Satelliten: Bei Jupiter sind bisher 16, bei Saturn mindestens 21 entdeckt worden. Ferner verfügen beide Planeten über ein Ringsystem, das im Falle von Saturn schon mit kleinen Fernrohren beobachtet werden kann. Aufregende Fotos von diesen Riesenplaneten wurden durch die Raumsonden Voyager 1 und 2 geliefert. In der Insel, Marl

20.00 **Gitarre solo**, Robert Mischke spielt im Studio der Zeche Bochum

20.00 **Jazz-Ini**, altstadtschmiede RE

Freitag, 20.05.,

19.00 **Disco**, altstadtschmiede

Samstag, 21.05.,

20.00 **Tony Ireland**, scottish and irish folk in der Recklinghäuser altstadtschmiede

Dienstag, 24.05.,

20.00 **Herbert Grönemeyer**, uhrlandhalle Bochum

Mittwoch, 25.05.,

19.00 **Katzelmacher**, Film in der altstadtschmiede RE

Donnerstag, 26.05.,

16.00 **Der himmelblaue Elefant**, insel Marl: Ein blauer Elefant? - So etwas gibt es doch gar nicht! Oder doch? ...Christopher hat einen gesehen, plötzlich oben auf dem Parkdeck, so blau wie der Himmel. Er sucht einen Platz, wo er bleiben kann. Doch diese Platzsuche ist nicht so einfach, wie Christopher es sich vorgestellt hat. Denn mit der himmelblauen Farbe des Elefanten hat es noch eine ganz besondere Bewandnis...

20.00 wie jeden Donnerstag: Jazz -Ini inner altstadtschmiede RE

Freitag, 27.05.,

20.00 **Red Hot Chili Peppers** und um ca. 21.00 **Chaplin**, Konzerte in der Halle der Zeche Bochum

ÖKO-TEST
M A G A Z I N
Der Öko-Volksentscheid

Immer mehr Menschen haben es satt, als Endlager für Umweltschmutz herzuhalten. Sie lesen das **ÖKO-TEST-Magazin**. Dort steht beispielsweise, welche Gemüsesäfte nitratarm sind, wieviel Becquerels die Milch hat oder welche Sprays umweltfreundliches Treibgas enthalten. ÖKO-TEST-Leser greifen zu den gesunden Produkten und lassen die bedenklichen im Regal. Bei dieser Art Volksabstimmung ist schon mancher Hersteller weich geworden. Wollen Sie ökologisch mitentscheiden? Das **ÖKO-TEST-Magazin** informiert Sie gern. Fordern Sie ein kostenloses Probeheft an beim **ÖKO-TEST-Verlag, Schwanthalerstraße 59, 6000 Frankfurt 70.**

20.00 **Peter Finger**, acoustic-guitar, altstadtschmiede RE

Sonntag, 29.05.,

20.00 **Nokoyo Ye**, acoustic music from west-africa, altstadtschmiede

Veranstaltungs-orte

Aula Kuniberg, Recklinghausen, Im Kuniberg

Altstadtschmiede, Recklinghausen, Kellerstr. 10, Tel. 21212

Apollo-Center-Gelsenkirchen, Gelsenkirchen, Bahnhofstr. 79

Bürgerhaus Süd, Herten, Tel. 02366/330055

Drübelken, Recklinghausen, Münsterstr. 7, Tel. 23493

Flexi, Recklinghausen, Schulstr. 85, Tel. 81449

Insel, Marl, Bergstr. 23, Tel. 02365/14002

Kino-Center Buer, Gelsenkirchen-Buer, Horster Str. 6

Kulturamt Herne, Berliner Platz 11, Kartenverkauf in Foyer der Stadtbücherei Herne/VHS-Herne: Tel.: 02323/ 16 - 28 44

Ruhrfestspielhaus Recklinghausen, Cäcilienhöhe, Tel. 25025

Theater im Depot, Recklinghausen, Castroper Str. 23

Volkshochschule Gladbeck, Friedrichstr. 55, Tel. 02043/1751

Volkshochschule Recklinghausen, Herzogswall 17, Tel. 587383

WLT, Westf. Landestheater, Castrop-Rauxel, Europaplatz 10, Tel. 02305/1617-18

Zeche Bochum, Bochum, Prinz-Regent-Str.

Volkszählung geht weiter!

Während die Auswertung der "Volkszählung" noch Jahre dauern wird, werden Kritiker der "Volkszählung" jetzt vor Gericht gestellt.

Der juristische Vorwurf lautet "Aufruf zu einer Straftat". Als Straftat sieht die Bochumer Staatsanwaltschaft das Herausschneiden der Kennnummern aus den Zählbögen an - wohlgermerkt leeren.



Die Prozesse finden

am Mittwoch, 4. Mai 1988

im Amtsgericht Recklinghausen,

Neubau, Zimmer 25

um 9.00 und 10.00 Uhr

statt .